

**M**aß, Mitte und Flexibilität" soll nach dem um Schlagworte bekanntlich nie verlegenen Wirtschaftsminister Schiller die Grundtendenz des vom Bundeskabinett verabschiedeten Jahreswirtschaftsberichts sein. Der von Schiller vorgelegte Bericht sieht vor, daß für 1969 das Sozialprodukt um 4,5 Prozent wachsen und das Preisniveau um durchschnittlich 2 bis 2,5 Prozent steigen soll. Als eine „angemessene“ Lohnerhöhung werden 5,5 bis 6,5 Prozent genannt, während in der Vorausschau die Unternehmergewinne mit 17,6 Prozent Zuwachs veranschlagt werden. Ferner sieht der Wirtschaftsbericht sogenannte flankierende Ausgleichsmaßnahmen vor und ebenso ausreichende Investitionen der Länder, um eine stabile wirtschaftliche Entwicklung zu sichern.

Ob aber im Verlauf dieses Jahres die Stabilität der Wirtschaft gesichert werden kann, erscheint sehr fraglich. Das Münchner Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung kommt nach einer Analyse zu dem Schluß, daß die in dem Wirtschaftsbericht genannten Zahlen über den Preisaufrtrieb von der tatsächlichen Entwicklung weit überholt werden. Auch kann in dem Wirtschaftsbericht nicht verschwiegen werden, daß allein aus den erhöhten Sozialmieten eine erhebliche Steigerung der Lebenshaltungskosten zu erwarten ist. Dazu kommt, daß die Preise für Lebensmittel im Laufe des Jahres auf breiter Front ansteigen werden.

## Bonner Daten nicht verbindlich

150 Millionen DM zur Verfügung gestellt werden. Ferner sind auch den Branchen, die in besonderem Maße durch das Außenhandelssicherungsgesetz betroffen sind, in erster Linie die Stahl-, Textil- und Lederindustrie, Investitionshilfen in Aussicht gestellt.

Im Gegensatz zu diesen Unterstützungen, die lediglich den Unternehmern zugute kommen, wird im Wirtschaftsbericht auch nicht mit einer Silbe davon gesprochen, mit welchen Maßnahmen die Bundesregierung die Arbeitnehmer als Konsumenten vor einer Preiswelle schützen will, die aller Voraussicht nach weit über die von Wirtschaftsminister Schiller genannten Zahlen hinausgehen wird. Die Gewerkschaften werden bei den kommenden Lohnbewegungen sorgfältig darauf achten müssen, daß sie nicht auch in diesem Jahr wieder um ihren berechtigten Anteil an der Steigerung des Sozialproduktes geprellt werden.

In einem Interview hat Minister Schiller auf die Frage eines Journalisten, ob die „schwachen Branchen“ in diesem Jahr in der Lage wären, die von den Gewerkschaften geforderten Lohnerhöhungen zu verkraften, erklärt, er hoffe auf die Einsicht der Gewerkschaften, sich an die im Wirtschaftsbericht empfohlenen Orientierungszahlen zur Lohnerhöhung zu halten. Schillers Hoffnung wurde noch nicht enttäuscht: Die ÖTV und die Postgewerkschaft, die in diesem Jahr als erste einen neuen Tarifvertrag abschlossen, sind nicht über 6 Prozent hinausgegangen.

■ Mitbestimmung: Schaubild der SPD .....	3
Programmatik der DKP-Erklärung	4
Kritische Landesbezirks- konferenzen .....	5
■ DGB-Kongreß: Nicht nur „neuer Mann“ ..	6
ÖTV: Gleichbehandlung der Arbeiter in Sicht .....	9
IG Chemie betont Tarifhoheit .	10
IG Druck fordert 9 Prozent ....	11
■ Für aktive Lohnpolitik entschlossen .....	12
Handwerker für Ausgleichskasse	14
Rüstung in der Luftfahrtindustrie	16
Privatisierung stoppen! .....	18

## ROHRKREPIERER

Wer eine schlechte Sache zu vertreten hat, kann nicht über gute Argumente verfügen. Das beweist einmal mehr der Propagandafeldzug der Unternehmer gegen die Mitbestimmungsforderungen der Gewerkschaften.

War schon ihr Werbespruch „Mündige brauchen keinen Vormund“ ein Blindgänger — denn gerade weil die mündigen Arbeitnehmer keinen Unternehmensvormund brauchen, fordern sie die Mitbestimmung —, hat sich jetzt der Industrie-Präsident Berg einen neuen „Rohrkrepierer“ geleistet.

Zu glauben, daß die Mitbestimmung auf 400 Großbetriebe beschränkt bleibe, sagte Berg, sei Dummheit, denn: „Wer solche Unternehmen kontrolliert, hat auch die kleinen Betriebe in der Hand.“

Eben: Weil „solche Unternehmen“ nicht nur die kleinen Betriebe, sondern die gesamte Wirtschaft „in der Hand“ haben, wollen die Arbeiter und Angestellten in diesen Unternehmen kontrollieren und mitentscheiden. okulus



## Rosenbergs politische Optik stark verschoben NPD und DKP in einen Topf geworfen

In Nr. 1/1969 der DGB-Funktionärzeitschrift „Die Quelle“ hat der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ludwig Rosenberg, die Aufgaben der Gewerkschaften im Jahre 1969 dargelegt. Der DGB-Vorsitzende kommt dabei auch auf politische Fragen zu sprechen und fordert von den Gewerkschaften ein klares Bekenntnis zur „freiheitlich-demokratischen Ordnung“ sowie die Bereitschaft zum energischen Durchsetzen notwendiger gesellschaftspolitischer Ziele.

Auf das Wahljahr bezogen, warnt Rosenberg in einem Atemzug vor dem Auftreten von NPD und DKP. Diesen Parteien die Stimme zu geben, meint Rosenberg, hieße praktisch darauf zu verzichten, an der politischen Willensbildung teilzuhaben, denn sie könnten keinen wirklichen Einfluß auf die Zusammensetzung des Parlaments und auf die Regierungspolitik erlangen.

Hierzu ist zunächst einmal zu sagen, daß in der Bundesrepublik das Parlament und die im Parlament vertretenen Parteien auch nach Bildung der Großen Koalition nicht im geringsten die Aufgabe wahrnehmen, die Regierungspolitik zu beeinflussen — wenn man einmal von der zahlenmäßig und politisch schwachen FDP absieht. Wer kritisch denken kann, ist nicht darüber im Zweifel, daß sich in der Bundesrepublik Machtstrukturen gebildet haben, die heute sowieso nicht vom Parlament kontrolliert werden können, sondern im Gegenteil ihrerseits das Parlament kontrollieren.

In zunehmendem Maße wird die Aufgabe, die Regierungspolitik zu kontrollieren und zu beeinflussen, von der außerparlamentarischen Opposition wahrgenommen. Das heißt nicht, daß der Parlamentarismus in der Bundesrepublik keine Funktionen mehr auszufüllen hätte. **Aber das Parlament wird erst dann wieder funktionsfähig, wenn seine durch die Koalitionsparteien erfolgte Monopolisierung durchbrochen wird.** Mit diesem Ziel geht die Wahlunion „Aktion Demokratischer Fortschritt“ (ADF) als Zusammenschluß politischer Gruppen links von der Sozialdemokratischen Partei in den Wahlkampf. Die DKP hat sich zwar dem Bündnis angeschlossen, aber sie stellt sich nicht selbst als Partei zur Wahl.

Unverständlich ist, wenn Ludwig Rosenberg die neofaschistische NPD mit der Deutschen Kommunistischen Partei gleichstellt; unverständlich nicht zuletzt darum, weil im Jahre 1933 Rosenberg vor den Nazis aus Deutschland fliehen mußte und nicht vor den Kommunisten, die im Gegenteil zu Tausenden wie er emigrierten oder aber in den Konzentrationslagern der Nazis umgebracht wurden. Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes mußte wissen, daß die Neonazis der NPD zu den Todfeinden der Gewerkschaften gehören, weshalb die Mitgliedschaft in dieser Partei die Mit-

gliedschaft in den Gewerkschaften ausschließt. Die kommunistischen Kollegen haben sich dagegen seit 1945 Verdienste um den Wiederaufbau der Gewerkschaften erworben und sind als gute Gewerkschafter und Betriebsräte bekannt, die sich mit Fleiß und Idealismus nach wie vor für die politischen und wirtschaftlichen Interessen ihrer Betriebs- und Gewerkschaftskollegen einsetzen.

In diesem Zusammenhang verdient ein Rundschreiben erwähnt zu werden, das mit Datum vom 15. November 1968

Kritisch informiert —  
besser informiert —

### NACHRICHTEN

an die Mitglieder des DGB-Bundesvorstandes und an die Vorsitzenden der DGB-Landesbezirke zur Kenntnisnahme verschickt wurde. Das von Ludwig Rosenberg unterzeichnete Rundschreiben beschäftigt sich mit der neugegründeten DKP und kann in keiner anderen Absicht geschrieben worden sein, als diese zu denunzieren. So wird u. a. behauptet, die DKP werde von der illegalen KPD finanziert und sei nichts anderes als eine Fortsetzung der illegalen KPD unter anderem Namen.

Es taucht die Frage auf, ob das in dem Rundschreiben enthaltene Material vom Bundesverfassungsschutz geliefert wurde oder ob es beim DGB-Bundesvorstand eine Stelle gibt, die sich ihrerseits bemüht, für den Verfassungsschutz Material gegen die DKP zusammenzutragen. Auf jeden Fall kann weder dieses Rundschreiben noch die primitive Vereinfachung Rosenbergs — NPD gleich DKP — den Gewerkschaften dienlich sein. Der Feind der Gewerkschaften, der Demokratie und der Freiheit in der Bundesrepublik ist eindeutig die neonazistische NPD. Und aus dieser Tatsache gewerkschaftspolitischen Konsequenzen für 1969 zu ziehen hätte dem DGB-Vorsitzenden Ludwig Rosenberg zweifellos besser angestanden.

H. S.

Niemand möge, resigniert anhand der schlechten Erfahrung mit der Mitbestimmung, annehmen, in Bonn würden Forderungen und Gesetzespläne immer nur verschleppt und auf die lange Bank geschoben. Die Mitbestimmung ist natürlich eine Sache für sich; sie wird seit rund 20 Jahren von den Gewerkschaften gefordert, und nach langem Hin und Her hat sich die SPD-Bundestagsfraktion bereit gefunden, einige Gesetzentwürfe zu diesem Thema im Parlament vorzulegen. Aber nun sind sie Makulatur, denn für den Rest der Legislaturperiode liegen sie auf Eis.

Eine andere Sache aber ist der Gesetzentwurf von SPD und CDU zur Einführung einer Vorbeugehaft. Nur acht Wochen waren vergangen, seit die SPD im November zum erstenmal ihren diesbezüglichen Plan öffentlich erwähnte. Und schon hat Mitte Januar die erste Lesung im Bundestag stattgefunden. Die CDU trat dem SPD-Plan sofort bei; die CSU dagegen sorgte dafür, daß auch der letzte Bundesbürger — wenn er wollte — begreifen konnte, daß es sich dabei um eine Neuauflage der NS-Schutzhaft handeln soll. Sie forderte in einem weitergehenden Entwurf die generelle Zulässigkeit der Vorbeugehaft und insbesondere ihre Anwendung auf die politische Linke. Diese Gesetzentwürfe liegen indessen nicht auf Eis, die Entscheidung soll in Kürze fallen.

Wie man sieht, kann das Parlament auch zügig handeln. Aber nur, wenn es darum geht, die antidemokratische Entwicklung, den Rechtskurs zu beschleunigen. Verdächtiges Tempo bestimmte in der Schlußphase die Behandlung der Notstandsgesetze; verätherische Eile kennzeichnet das Bemühen, sie mit einem Vorbeugehaftgesetz zu vervollständigen. So wie Wirtschaftsminister Schiller das Steuerungsinstrumentarium zur Stabilisierung der 1966/67 erschütterten Monopolwirtschaft systematisch ausbaut, so vervollkommen die Parteien der Großen Koalition gleichzeitig das politische Instrumentarium zur Niederhaltung aufbegehrender und nach Reformen drängender Gesellschaftsgruppen.

Wer Kanzler Kiesinger und Minister Strauß in den letzten Wochen gegen „linksrevolutionäre Umstürzler“ und „Verführer der Studenten“ wettern hörte, gegen die der Staat „alle Machtmittel“ einsetzen müsse, der muß nicht erst dreimal raten, um zu wissen, warum die reaktionäre Gesetzgebung forciert wird. Die Gewerkschaften aber mögen nicht denken, sie seien nicht gemeint. Aus der Perspektive der Bonner Reaktionäre und der Unternehmerfunktionäre ist Mitbestimmung, wie der DGB sie fordert, eine ebenso „linksextremistische“ Sache wie etwa die Reform der Hochschulen.

Sb.



# Mitbestimmungs-Schauturnen der SPD

**Peinliches Werben um Arbeitnehmer-Wählerstimmen  
Nur gewerkschaftliche Aktionen führen zum Ziel**

Mit sehr unterkühltem Interesse und mäßiger Besetzung hat der Bundestag die von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Gesetzentwürfe zur Mitbestimmung diskutiert oder — besser gesagt — zur Kenntnis genommen. Damit hat die SPD gewissermaßen ein wahltaktisches Soll erfüllt, denn niemand konnte daran zweifeln, daß die Mitbestimmungsvorschläge der SPD, nachdem sie in ihrer zweijährigen Regierungstätigkeit nichts in dieser Richtung getan hatte, jetzt am Ende der Legislaturperiode nicht mehr ernsthaft diskutiert werden würden, ganz abgesehen davon, daß der Bundestag noch Beschlüsse dazu gefaßt hätte.

Schon vor Beginn der Bundestagsdebatte war sich die Öffentlichkeit darüber klar, daß die Mitbestimmungsinitiative der SPD nichts anderes als ein „Wahlzirkus“ war, ein politisches „Schauturnen“, wie es der Geschäftsführer der CDU - Sozialausschüsse, Blüm, ironisch bezeichnet hat. Zutreffend schrieb am Tage nach der Debatte die der SPD nahestehende „Frankfurter Rundschau“, im Sportjargon bleibend: „Vor den stark gelichteten Reihen der Abgeordneten lieferten sich die Redner meist ein bloßes Schattenboxen...“

Die CDU/CSU- und die FDP-Fraktionen hatten von vornherein erklärt, daß sie gegen die Vorlagen stimmen würden, und so reichte es im Bundestag nicht einmal mehr zu einem „Begräbnis erster Klasse“. Die Entwürfe der SPD landeten in den Schubläden der Ausschüsse und werden bis zur Beendigung der Legislaturperiode des jetzigen Bundestages nicht mehr zum Vorschein kommen. Sie sind nur noch Makulatur.

Mit einer Naivität, die einer Gewerkschaftszeitung eigentlich nicht erlaubt sein sollte, schreibt die „Welt der Arbeit“ in einem Artikel mit der dicken Überschrift: „SPD allein auf weiter Flur“, die Gewerkschaften seien der Sozialdemokratischen Partei zu Dank verpflichtet, weil sie die fünf Gesetzentwürfe vor den Bundestag gebracht habe. Man muß aber wohl politische Scheuklappen tragen, wenn man übersieht, daß selbst der Parteivorstand der SPD genau wußte — und Helmut Schmidt hat es im Bundestag offen gesagt —, daß die Mitbestimmungsvorlagen in dieser Legislaturperiode nicht durchzubringen sind. Aber weil die Forderungen der Gewerkschaften nach Ausweitung der Mitbestimmung immer dringender werden und der Wahltermin immer näher rückt, versucht die SPD mit ihrer Initiative im Bundestag, das stark ramponierte Ansehen bei den Gewerkschaften wieder aufzupolieren.

Die Politik der Sozialdemokratischen Partei als Koalitionspartner der CDU/CSU, die sich nachdrücklich gegen das Mitbestimmungsrecht nach den Vorstellungen der Gewerkschaften ausgesprochen hat, ist nicht dazu angetan, den Zweifel an der Aufrichtigkeit ihrer Mitbestimmungsinitiative auszuräumen. Wer die Rüstungspolitik der

Bundesregierung unterstützt, Notstandsgesetze, die unter anderem das Streikrecht einschränken, ermöglicht und sich jetzt für eine Vorbeugehaft stark macht, dem nimmt niemand ab, mit den Gesetzentwürfen zur Mitbestimmung etwas anderes zu beabsichtigen als ein wahltaktisches Manöver. Die logische Folgerung aus der Manipulation ihrer Mitbestimmungsforderungen

## Wenn Bonn großzügig ist ...

Die Kriegsoffer und ihre Verbände müssen erst zu Protestaktionen schreiten, um in Bonn mit ihrer Forderung, die Kriegsofferrenten zu erhöhen, Gehör zu finden. Doch nicht immer ist man in Bonn so schwerhörig, wenn es um die Verbesserung von Bezügen geht. Man kann auch großzügig sein.

So soll nach dem Entwurf des Zweiten Besoldungsneuregelungsgesetzes das Gehalt der Bundesminister um 660 DM erhöht werden. Das ist mehr, als der 100 Prozent Schwerekriegsbeschädigte überhaupt an voller Grund- und Ausgleichsrente (570 DM) erhalten kann. Die vom Reichsbund geforderte Erhöhung der Grundrente würde nur 54 DM ausmachen. Aber ein Minister hat es sicher nötiger, bei den rund 12 000 DM, die er jetzt einschließlich der ihm zustehenden Bundestagsabgeordneten-Diäten erhält!

Doch auch die Diäten der Bundestagsabgeordneten, deren Höhe mit der der Ministergehälter gekoppelt ist, würden nach diesem Gesetzentwurf um 220 DM steigen. Darüber sind die Bonner Abgeordneten sehr erschrocken. Sie wollen, so hieß es, nur 3 Prozent mehr haben. Ihre Diäten wurden erst im vorigen Jahr bei der Einführung einer exklusiven Altersversorgung kräftig — um 770 DM — angehoben. Auch die 3 Prozent können sich sehen lassen: 73,50 DM. Das ist mehr als die Grundrente von 53 DM oder 70 DM, mit der die Hälfte aller Kriegsbeschädigten bei 30 oder 40 Prozent Erwerbsminderung für den Verlust eines Auges, einer Niere usw. auskommen muß.

281 107 DM erhielt der zurückgetretene zweithöchste Repräsentant des bundesrepublikanischen Staates, Ger-

stungen durch die Bundestagsparteien kann für die Gewerkschaften nur sein, sich im Kampf um die Durchsetzung wirksamer Mitbestimmung nicht auf das Parlament zu verlassen, sondern auf die eigene Kraft und Initiative zu bauen. Die Aktionen der Studenten, die — wie die Arbeitnehmer in den Betrieben und in der Wirtschaft — für die Mitbestimmung auf Universitäten und Hochschulen kämpfen, könnten den Gewerkschaften ein Beispiel sein. Ohne die Aktionen der Studenten wäre die Bildungsreform nicht zu einer erstrangigen politischen Frage geworden.

Die Gewerkschaften müssen ihre Mitbestimmungsforderungen als einen Teil der globalen Auseinandersetzung um die Mitbestimmung in allen Bereichen unserer Gesellschaft begreifen. Nur gemeinsame Anstrengungen aller gesellschaftlichen Gruppen um die Demokratisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft können das Tor für eine fortschrittliche Entwicklung aufstoßen.

H. S.

stenmaier, als Wiedergutmachung. Das ist das 14fache der Entschädigung von etwas mehr als 20 000 DM, die Pfarrer Niemöller für mehr als 7 Jahre Haft während der Nazizeit erhalten hat. Ein 100 Prozent Kriegsbeschädigter müßte die volle Grund- und Ausgleichsrente 43 Jahre und 4 1/2 Monat beziehen, um auf die Entschädigung zu kommen, die Gerstenmaier ausgezahlt wurde.

-le

## PULVERFASS NAHOST

In Pressemitteilungen haben der DGB-Bundesvorstand und der Vorstand der IG Metall die Todesurteile und öffentlichen Hinrichtungen im Irak veröffentlicht. Dieser Vorgang, so heißt es in der IG-Metall-Verlautbarung, werfe ein deutliches Licht auf die anomale Situation im Nahen Osten, die so lange von Haß, Emotionen und Gewaltakten gekennzeichnet sei, wie die Existenz Israels nicht allseitig anerkannt und auch gesichert werde.

Diese Verurteilung der öffentlichen Hinrichtungen trifft sicher auf die Zustimmung der breiten Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder. Selbst wenn der Vorwurf der Spionage gegen die Verurteilten bewiesen ist, muß man die öffentliche Exekution verabscheuen. So aber zieht ein „Vergeltungsakt“ den anderen nach sich und die Situation im Nahen Osten wird immer gefährlicher.

Um so dringender ist darum das Zustandekommen der von der Sowjetunion und Frankreich vorgeschlagenen Vierer-Konferenz, um in Zusammenarbeit mit der UNO den Vergeltungsakten der Israelis und der Araber ein Ende zu machen und den Frieden in diesem Teil unserer Welt wiederherzustellen.

-ger



# Programmatische DKP-Erklärung

## Viel Übereinstimmung mit Gewerkschaftsforderungen Gesellschaftliche Umgestaltung — Parteitag im April

Die Deutsche Kommunistische Partei hat in den wenigen Monaten seit der Neukonstituierung ihren Platz im politischen und sozialen Leben in der Bundesrepublik eingenommen. Für den 12. und 13. April 1969 hat die DKP ihren ersten Parteitag nach Essen einberufen. Am 23. Januar legte sie der Öffentlichkeit die Entwürfe einer Grundsatzerklärung (Programm) und der Statuten der DKP vor. Inzwischen hat in der SPD die Diskussion über den Brief der DKP an die Mitglieder und Funktionäre der SPD mit dem Angebot einer Zusammenarbeit und über die ablehnende Reaktion Willy Brandts begonnen.

Auf die Erklärung Brandts, zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten gebe es „keinerlei Gemeinsamkeiten“, antwortete der DKP-Bundesausschuß u. a.: „In jedem Betrieb, in jeder Gewerkschaft haben Kommunisten und Sozialdemokraten dieselben gemeinsamen Interessen in der Frage des Lohnes, der Sicherung des Arbeitsplatzes, der Berufsausbildung, des Arbeitsschutzes.“ Auch seien Mitbestimmung und sozialer Fortschritt nicht mit Kiesinger und Strauß, Schröder oder Benda, sondern „nur durch sachliche und kameradschaftliche Zusammenarbeit der Sozialdemokraten und Kommunisten mit allen demokratischen Kräften in unserem Volk“ durchzusetzen.

Für die zahlreichen regionalen Zustimmungserklärungen in der Sozialdemokratischen Partei steht der Beschluß der Landesdelegiertenkonferenz Nordrhein-Westfalen des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB) vom 27. Januar, mit dem der SPD-Parteivorstand und alle sozialdemokratischen Parteigliederungen aufgefordert werden, mit der DKP und der Aktionsgemeinschaft Demokratischer Fortschritt (ADF) in Verhandlungen über punktuelle gemeinsame Zusammenarbeit einzutreten.

In dieser Situation gibt der Entwurf der Grundsatzerklärung Auskunft über die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Zielsetzungen der Kommunisten. Nach einer kurzen Analyse der Nachkriegsentwicklung in der Bundesrepublik und der gegenwärtigen gesellschaftlichen Machtverhältnisse heißt es im Entwurf: „Was in zwanzig Jahren schwer erarbeitet wurde, ist in Frage gestellt. Die Sicherheit der Arbeitsplätze ist nicht gewährleistet. Wir sind nicht vor neuen Wirtschaftskrisen und Währungskrisen, vor Arbeitslosigkeit, vor den unsozialen Folgen einer kapitalistisch genutzten Automation, vor Einkommensminderung und sozialem Abbau geschützt.“

Der staatsmonopolistische Kapitalismus bilde die Grundlage des heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems in der Bundesrepublik. Das Gesetz dieses Systems heiße: „Höchstprofit für die Konzerne, Konzentration und Ausweitung der kapitalistischen Macht, Notstandsstaat und Rechtskurs nach innen und aggressives Großmachtstre-

ben nach außen, Militarisierung der Gesellschaft und Manipulierung des Menschen.“ Die Mehrheit des Volkes aber wolle eine lebendige Demokratie, wolle gehört und respektiert werden und mitentscheiden. Die Menschen dürften heute zwar reden, aber sie hätten nichts zu bestimmen. „Die formale Demokratie in diesem Land erschöpft sich in der Abgabe eines Stimmzettels alle vier Jahre.“

Es sei Aufgabe der sozialistischen und demokratischen Kräfte, gemeinsam eine grundlegende Veränderung des politischen Kurses herbeizuführen und dem gesellschaftlichen Fortschritt den Weg zu bahnen. „Demokratische Erneuerung bedeutet die Umwandlung der Bundesrepublik in eine reale, fortschrittliche Demokratie, die Einschränkung der Macht des Monopolkapitals, die Überwindung des Neonazismus und der militärischen Großmachtspolitik. Demokratische Erneuerung bedeutet die Durchsetzung einer Politik des Friedens und der Sicherheit, die Anerkennung der DDR, die Verteidigung der demokratischen Rechte, den Kampf um Erweiterung und Ausbau der Demokratie, die Verwirklichung demokratischer Mitbestimmung und Kontrolle, die Durchsetzung sozialer Sicherheit und besserer Lebensverhältnisse, die Erämpfung einer fortschrittlichen Bildungs- und Kulturpolitik.“

Die DKP erstrebe diese Umgestaltung auf der Basis der im Grundgesetz verkündeten demokratischen Prinzipien und Rechte, heißt es weiter in dem Entwurf der Grundsatzerklärung. An konkreten Forderungen stellt die DKP u. a. diese:

Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa, Aufgabe des Alleinvertretungsanspruches und Anerkennung der DDR; Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages und drastische Senkung der Rüstungsausgaben; Überwindung des Neonazismus, Auflösung der NPD und Verteidigung der demokratischen Rechte; Erweiterung und Ausbau der Demokratie, uneingeschränktes Verhältniswahlrecht bei Chancengleichheit aller Wahlbewerber, Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre.

Ausführlich legt die DKP ihre Vorstellungen zur Gestaltung einer demokra-

tischen Wirtschaftspolitik dar, deren Kernstück die Mitbestimmung der Arbeitnehmer ist. Wörtlich heißt es: „Die Mitbestimmung muß umfassen: Freie gewerkschaftliche und politische Tätigkeit in den Betrieben und Verwaltungen, Schutz der Vertrauensleutekörper der Gewerkschaften und der Jugendvertreter; Mitbestimmung bei allen Entscheidungen über Arbeitsbedingungen, Löhne, Arbeitszeit, betriebliche Sozialleistungen, Urlaub, Einführung technischer Neuerungen und Umschulung, bei der Festlegung von Investitionen und Gewinnen; paritätische Mitbestimmung in den Kontrollorganen und Vorständen der Großunternehmen, in den überbetrieblichen und staatlichen Wirtschaftsorganen; Recht und Pflicht der Arbeitnehmervertreter in den Mitbestimmungsgremien, den Belegschaften über ihre Tätigkeit Rechenschaft zu geben.“

Darüber hinaus fordert die DKP eine an den Interessen der Arbeitnehmer orientierte demokratische Wirtschaftsplanung sowie demokratische Mitbestimmung und Kontrolle der gesamten staatlichen Investitionspolitik. Schließlich wird die Überführung der Schlüsselindustrien und marktbeherrschenden Unternehmen in öffentliches Eigentum auf der Grundlage der Grundgesetzartikel 14 und 15 und entsprechender Bestimmungen der Länderverfassungen verlangt.

Im sozial- und tarifpolitischen Bereich plädiert die DKP für eine aktive Lohnpolitik, „die nicht nur gestiegene Preise und Produktivität ausgleicht, sondern den Anteil der Arbeitenden am Sozialprodukt effektiv vergrößert“.

Weitere Forderungen sind: gesetzliche Verpflichtung zur Aufstellung von Sozialplänen, generelle Einführung der 40-Stunden- und Fünf-Tage-Woche, gesetzliche Maßnahmen gegen Preistreiberei, Aufhebung der Preisbindung, Einführung einer Mindestrente und Erhöhung der Altersrente auf 75 Prozent des Arbeitsverdienstes, Wiederaufnahme des sozialen Wohnungsbaus zu niedrigen Mieten, Durchführung einer demokratischen Finanz- und Steuerreform.

Die DKP erklärt in dem Programmentwurf, daß sie die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft in der Bundesrepublik anstrebt, und zwar auf einem „Weg ohne Bürgerkrieg“. Sie strebt nach einheitlichem Handeln der Arbeiterklasse und erklärt ausdrücklich: „Die DKP ist für starke Gewerkschaften.“ Der Programmentwurf der DKP macht deutlich, daß diese Partei eine interessante und notwendige Ergänzung der politischen Landschaft in der Bundesrepublik darstellt und von allen bestehenden Parteien die größte Übereinstimmung mit den Forderungen der Gewerkschaften aufzuweisen hat.

G. S.



# Kritische Landesbezirkskonferenzen

**Lehlbach: Konsequenter Arbeiterstandpunkt vertreten  
Bayrische Gewerkschafter lehnen Vorbeugehaft ab**

In Vorbereitung des DGB-Bundeskongresses fanden im Januar die ersten Delegiertenkonferenzen der Landesbezirksorganisationen des DGB statt, und zwar am 24. und 25. Januar in Bayern und Rheinland-Pfalz und am 31. Januar und 1. Februar in Baden-Württemberg und Nordmark. Vorwiegend kritisch wurden auf den Konferenzen die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Fragen erörtert, vor allem in München und Mainz wurde in diesem Zusammenhang die Politik der Großen Koalition mit schlechten Noten zensiert.

In München lagen auf der Landesbezirkskonferenz Bayern den 100 Delegierten von rund einer Million DGB-Mitgliedern 228 Entschlüsse, Anträge und Initiativanträge zur Entscheidung vor. In seinem Rechenschaftsbericht bemerkte der aus Altersgründen ausgeschiedene Ludwig Linsert, obgleich er auch gute Seiten der Schillerschen Wirtschaftspolitik zu sehen glaubte: „Die Krise wurde eindeutig auf Kosten der kleinen Leute behoben. Sie haben zu ihrer Überwindung große Opfer gebracht und warten nun auf die von Schiller versprochene soziale Symmetrie, den sozialen Ausgleich, kurz: die soziale Gerechtigkeit.“

Das Mitglied des Landesbezirksvorstandes Gerhard Specht hob den „Stilwandel“ in der Wirtschaftspolitik hervor, „nämlich den Übergang zur planvoll gelenkten Marktwirtschaft, wie sie der DGB in seinem Grundsatzprogramm seit langem gefordert hat“. Diese verwegene Gleichsetzung Schillerscher Formen der Lenkung mit den Forderungen des Grundsatzprogramms fand in den Aussagen der Entschlüsse jedoch keine Bestätigung. Denn hätte der Wirtschaftsminister nicht nur Begriffe aus dem DGB-Programm, sondern dessen Inhalt verwendet, wäre die Landesbezirkskonferenz nicht in die Lage gekommen, „mit Besorgnis“ festzustellen, „daß die Entwicklung der Löhne und Gehälter beträchtlich hinter dem stürmischen Anstieg der Unternehmergewinne zurückgeblieben ist. Das ohnehin bestehende Mißverhältnis zwischen Löhnen und Gewinnen verschärft sich zusehends. Darin ist nicht nur eine soziale Ungerechtigkeit, sondern auch eine volkswirtschaftliche Gefahr zu sehen.“

Ludwig Linsert, zu dessen Nachfolger der bisherige Bundesangestelltensekretär des DGB, Wilhelm Rothe, gewählt wurde, betonte, daß „engagierte Gewerkschafter“ der Großen Koalition besonders verübeln, den Arbeitnehmern gegen den Widerstand der Gewerkschaften die Notstandsverfassung beschert zu haben. Die Delegierten forderten den bevorstehenden DGB-Bundeskongreß auf, in die Satzung eine Bestimmung aufzunehmen, die wirksame Kampfmaßnahmen für den Fall vorsieht, daß ein „Mißbrauch mit den bestehenden Notstandsgesetzen festgestellt“ werden sollte.

Eindeutig wandte sich die Landesbezirkskonferenz gegen die auf Initiative der SPD beabsichtigte Einführung der Vorbeugehaft. „Die Konferenz erinnert in diesem Zusammenhang an die schrecklichen Geschehnisse“, heißt es in dem Beschluß, „die in der Ära des (nazistischen) Schutzhaftrichtes vorgekommen sind, und ist der Meinung, daß die angestrebte Vorbeugehaft gleiche oder ähnliche Entwicklungen nicht ausschließt.“ In einer Ent-

## Jugend der Gewerkschaft Holz fordert Kontakte

Die 4. Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft Holz und Kunststoff hat im Januar die Wiederaufnahme der abgebrochenen Kontakte zu den Gewerkschaften in sozialistischen Ländern und die Einbeziehung des FDGB der DDR in diese Ostkontakte verlangt. Wenn man den Sozialismus verteufile, heißt es in dem Beschluß, werde die Diskussion über Veränderungen im eigenen Lande blockiert. Das Fortbestehen des Kontaktstopps sei eine Unterstützung der Reaktion.

Die Jugendkonferenz verurteilte den Krieg der USA in Vietnam als „verbrecherisch“. Bundesregierung und Parteien wurden von den jungen Gewerkschaftern aufgefordert, sich von der Washingtoner Vietnam-Politik zu distanzieren und ihren Einfluß für die Beendigung des Krieges geltend zu machen.

## 60 Jahre Landarbeiter-Gewerkschaft

Vor 60 Jahren, am 21. Februar 1909, wurde in Berlin der Deutsche Landarbeiterverband als bedeutendste Vorläuferorganisation der heutigen Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft gegründet. Aus Anlaß der 60. Wiederkehr dieses Tages werden Hauptvorstand und Hauptauschuß der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft vom 19. bis 21. Februar in West-Berlin tagen. Am Abend des 21. Februar findet im großen Saal des DGB-Hauses in Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste eine Feierstunde statt.

schließung zur NPD wird von den bayerischen Gewerkschaftern darauf hingewiesen, daß diese neonazistische Partei „nach Artikel 139 GG aufgelöst oder verboten werden muß“. In einem einstimmig verabschiedeten Initiativantrag wird der Landesbezirksvorstand aufgefordert, „mit einer Gegen demonstration auf Landesbezirksebene zu antworten, falls es der NPD gelingen sollte, in Bayreuth oder einer anderen Stadt Bayerns ihren Parteitag durchzuführen“.

In den Diskussionen auf der Landesbezirkskonferenz spielt auch die Organisationsreform eine gewisse Rolle. Linsert warnte vor der Gefahr des „wuchernden Zentralismus in Düsseldorf“. Er sei keineswegs gegen zentrale übergeordnete Organe, aber es gehe ihm um eine vernünftige Form der Rationalisierung und der Aufgabenverteilung im DGB. „Wir meinen die Verantwortung des Ortskartellvorsitzenden, des Kreisvorsitzenden, des örtlichen Vertrauensmannes, der Ortsverwaltungen und der Bezirksleitungen der Gewerkschaften“, sagte Linsert.

In seinem Referat zur Gesellschaftspolitik kritisierte der DGB-Vorsitzende Ludwig Rosenberg die Große Koalition, die den politischen Entscheidungen weitgehend ausgewichen sei und nur „halbe und unvollkommene Lösungen“ suche. An der Wirtschaftspolitik rügte er die „einseitige Bevorzugung der Unternehmer“.

Schärfer attackierte der Vorsitzende der Gewerkschaft ÖTV, Heinz Klunker, in Mainz auf der Landesbezirkskonferenz von Rheinland-Pfalz die Große Koalition, die bisher mehr Energie darauf verwendet habe, Dinge wie die „unnötigen Notstandsgesetze“ durchzubringen, statt dringende gesellschaftspolitische Reformen in Angriff zu nehmen. Der wiedergewählte Landesbezirksvorsitzende Julius Lehlbach bezeichnete die Große Koalition als „Sündenfall der parlamentarischen Demokratie“. In einem anderen Zusammenhang warnte Lehlbach einige Tage später vor einer Fortsetzung der Koalition nach den Bundestagswahlen. Das sei „staatspolitisch äußerst gefährlich und für die Gewerkschaften bedenklich“. Das Parlament sei durch die Arbeitsweise der Großen Koalition weitgehend aus dem Prozeß der politischen Meinungsbildung ausgeschlossen.

Die 51 Delegierten der rheinland-pfälzischen Landesbezirkskonferenz des DGB forderten in einer Entschlüsselung die Erneuerung der Kontakte zu den Gewerkschaften in sozialistischen Ländern und die Einbeziehung des FDGB der DDR in diese Kontakte „zu gegebener Zeit“. Lehlbach ermahnte die Gewerkschafter, nicht den Lockungen der Großen Koalition zu erliegen; sie müßten konsequent ihren Arbeitnehmerstandpunkt vertreten und sich nicht in das „Dickicht eines irgendwie gearteten Gemeinwohls“ begeben.

W. F./K.



In drei Monaten tritt in München, zwanzig Jahre nach dem Münchener Gründungskongreß, wieder ein Bundeskongreß des DGB — der 8. — zusammen. Noch hört man darüber in der Öffentlichkeit recht wenig, und das Wenige ist nicht immer gut. Neben dem Hin und Her um den Kandidaten für den DGB-Vorsitz ragt insbesondere eine beginnende Diskussion um Für und Wider einer Organisationsreform in die Kongreßproblematik hinein. Eine weitere Frage, die zur Zeit unvermindert heftig diskutiert wird, ist die Mitbestimmung der Arbeitnehmer.

Das Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes, Werner Hansen, erregte kürzlich Aufmerksamkeit mit seiner Erklärung, an der Grenze des kommunistischen Herrschaftsbezirks in Europa gebe es nur eine Alternative zur qualifizierten Mitbestimmung, nämlich die Vergesellschaftung der Produktionsmittel. So notwendig die Vergesellschaftung von Produktionsmitteln in der Bundesrepublik zweifellos ist, so klar wird derjenige, der das DGB-Grundsatzprogramm liest (und Hansen sollte es kennen), feststellen, daß darin keine alternative Gegenüberstellung von Mitbestimmung und Gemeineigentum erfolgt. Das Grundsatzprogramm sieht beides vor: Mitbestimmung und Gemeineigentum. Darum muß die Äußerung Hansens als der Versuch einer Uminterpretation des Grundsatzprogramms, vor allem aber als der Versuch gewertet werden, Mitbestimmung als „Sozialisierungssatz“ auszugeben.

Dieser Mißton wenige Monate vor dem Bundeskongreß und der Versuch von Leuten, deren rechte Position im DGB bekannt ist, eine Organisationsreform in einem Sinne anzustreben, daß die kämpferische und demokratische Substanz und Struktur des DGB gefährdet würde, läßt eines erkennen: in der noch schleppenden Diskussion vor dem Münchener Bundeskongreß beginnen sich jene zu profilieren, die einen zahmen, auf das staatsmonopolistische System eingeschworenen DGB wünschen.

Drei Monate vor dem Bundeskongreß ist es noch nicht zu spät, im DGB und den Gewerkschaften mit einer umfassenden Diskussion über die gesellschaftliche Wirklichkeit in der Bundesrepublik zu beginnen. In einer solchen Diskussion müßten die tatsächlichen wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnisse treffend analysiert werden, müßte an die Aussage des geltenden Grundsatzprogramms angeknüpft werden, daß die alten Macht- und Besitzverhältnisse wieder bestehen. Eine solche Klärung in den DGB-Organisationen würde es leichter machen, falsche Töne schneller zu erkennen und richtige Ausgangspunkte für die notwendigen Entscheidungen des Münchener Kongresses zu setzen.

-ert

## Gscheidle und die Organisationsreform des DGB Zentralistische Ziele und politische Bremsen?

Etwas außerhalb der Legalität hat ein für diesen Zweck in der DGB-Satzung nicht vorgesehenes Gremium — die Vorsitzenden der mitgliederstärksten Gewerkschaften — die später vom Bundesvorstand bestätigte Vorentscheidung über die Person des neuen DGB-Vorsitzenden getroffen: der Nachfolger Ludwig Rosenbergs soll Kurt Gscheidle heißen, derzeit zweiter Vorsitzender der Deutschen Postgewerkschaft, Bundestagsabgeordneter und Mitglied des Fraktionsvorstandes der SPD. Mit Gscheidle würde nicht nur ein neuer Mann an die Spitze des DGB treten; Gscheidle — das ist ein neues Konzept.

Von Anfang an wurde die Diskussion um den Nachfolger Ludwig Rosenbergs mit der Diskussion um eine organisatorische Reform des DGB verknüpft. Aber hinter dem harmlos klingenden Begriff Organisationsreform verbirgt sich mehr als nur organisatorische Änderungswünsche, wie der bisherige Verlauf der Diskussion deutlich gemacht hat. Der Wunsch nach Verbesserung der Organisationsstruktur ist nicht neu. Er resultiert aus verschiedenen Ursachen: die sich überschneidenden Organisationsbereiche; die unterschiedliche Größe der Gewerkschaften; die daraus folgende unterschiedliche Finanzkraft, Aufgabenwahrnehmung und Lebensfähigkeit der Organisationen; die Aufgabenfülle des DGB und seine dafür oft unzureichende Finanzdecke sowie die vermeintliche Kompetenzüberschneidung zwischen den Organen des DGB und der Einzelgewerkschaften vor allem auf der unteren und mittleren Ebene, um nur einige Gründe zu nennen.

Hier einige Klärungen herbeizuführen, notfalls organisatorische Veränderungen (z. B. Zusammenlegungen) und Rationalisierungsmaßnahmen vorzunehmen, ist der verständliche Wunsch vieler Funktionäre und Mitglieder der Gewerkschaften. Aber in dieses gesunde Streben nach Vorwärtentwicklung mischten sich von Anbeginn der Debatte Töne, die nach einem — wie sie es nannten — „starken“ DGB, nach einer „starken Spitze“ verlangten. Der prominenteste Rufer war vor über zehn Jahren der Vorsitzende der IG Bau-Steine-Erden und jetzige Bundesverkehrsminister Georg Leber. Mit der Forderung nach einer „starken Spitze“ verband Leber seinerzeit den Appell an die Gewerkschafter, sich in Staat und Gesellschaft zu integrieren („Dies ist unser Staat“) und den Godesberger Anpassungskurs der SPD an das staatsmonopolistische Herrschaftssystem mitzumachen.

Es muß auch daran erinnert werden, daß der Ruf nach der „starken Spitze“ zu einer Zeit erscholl, da Georg Leber den Sozialisierungsparagrafen aus der Gewerkschaftssatzung streichen ließ und Otto Brenner — die beiden seien genannt, um die Pole deutlich zu machen — gleichzeitig die Forderung nach Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum als gewerkschaftspolitisches Ziel nachdrück-

lich unterstrich. Klipp und klar wurde von der „Leber-Gruppe“ unter den Organisationsreformern zu erkennen gegeben, daß sie mit Hilfe einer „starken Spitze“ des DGB jene „Alleingänge“ der progressiven Gewerkschaften zu zügeln gedenken, die z. B. für Sozialisierung, für Umgestaltung der Gesellschaft, gegen gewerkschaftliche „Ordnungsfunktionen“ im Staat, gegen Atomrüstung, Notstandsgesetze usw. agierten. In diesem Zusammenhang wurde auch die Idee geboren, die Aufgaben der Einzelgewerkschaften auf den sozialen Kampf zu begrenzen und das Recht zur politischen Aussage nur noch dem DGB-Bundesvorstand zuzugestehen.

Vor diesem Hintergrund muß die gegenwärtige Diskussion um die Organisationsreform und die Person des neuen DGB-Vorsitzenden gesehen werden. Es dürfte kein Zufall sein, daß neben dem halben Dutzend Namen, die während der Suche nach dem Rosenberg-Nachfolger genannt worden sind, vor Gscheidle nur einer ernsthaft im Gespräch war: Walter Arendt, der Vorsitzende der IG Bergbau und Energie, ebenfalls SPD-Bundestagsabgeordneter. Auch Arendt ist Befürworter einer Reform im Sinne einer politischen Kompetenzbescheidung der

## IG Metall nominiert Gerd Muhr für Stellvertretung

Neben dem DGB-Vorsitzenden Ludwig Rosenberg werden auf dem Bundeskongreß im Mai noch drei weitere Mitglieder des geschäftsführenden Bundesvorstandes aus Altersgründen ausscheiden: Hermann Beermann, stellvertretender DGB-Vorsitzender und verantwortlich für Sozialpolitik; Kurt Stühler, verantwortlich für Finanzen, und Werner Hansen, zuständig für Angestellte, Werbung und Presse.

Die IG Metall hat ihren Experten für Sozialpolitik und Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes, Gerd Muhr, für die Funktion des stellvertretenden DGB-Vorsitzenden vorgeschlagen. Für Kurt Stühler und Werner Hansen wurden noch keine Nachfolge-Kandidaten benannt.



Einzelgewerkschaften. Er dürfte vor allem an seinen zu weit gehenden Bedingungen in dieser Richtung gescheitert sein.

Das diesbezügliche Konzept Kurt Gscheidles ist mit wenigen Worten umrissen. Nicht in der Gewerkschaftspresse, vor den Mitgliedern des DGB, sondern im „Volkswirt“, dem Blatt der Hochfinanz, erläuterte er seine Pläne. Danach sollen künftig vom DGB und seinen Untergliederungen vier Aufgabenkomplexe für alle Gewerkschaften wahrgenommen werden: 1. die Gesellschaftspolitik, 2. die politische Bildungsarbeit, 3. die Jugendarbeit und 4. die Öffentlichkeitsarbeit. Damit der DGB seine Führungsrolle besser als bisher wahrnehmen könne, meint Gscheidle, müsse zunächst eine grundsätzliche Klärung der gewerkschaftlichen Aufgaben in der heutigen „Industriegesellschaft“ erfolgen. Die Gewerkschaften müßten erstens ihr Verhältnis zum Gesellschaftssystem in der Bundesrepublik und zweitens ihren Standort darin bestimmen.

Der zentralistischen politischen Konzeption Gscheidles entspricht auch sein organisatorisches Modell, das die Abschaffung der Wahlfunktionen im Landesbezirk, im Kreis und im Ort und die Ersetzung durch ein System von Bevollmächtigten vorsieht, die der Weisung eines „sehr kleinen“ geschäftsführenden Bundesvorstandes unterliegen. Der Entwurf einer neuen Satzung des DGB, der dem bevorstehenden Bundeskongreß in München vorliegen wird, ist bereits auf eine derartige Konstruktion ausgerichtet.

**Ohne Zweifel ist die Konzeption Gscheidles jener verwandt, die Georg Leber und Walter Arendt bislang ohne Erfolg vertreten haben.** Wie er selbst seinen Standort in der spätkapitalistischen Ordnung sieht, den er für die Gewerkschaften zu klären gedenkt, geht aus seiner Bundestagsrede während der zweiten Lesung der Notstandsgesetze hervor, gegen deren Annahme er übrigens stimmte. Wer in der Demokratie wirken wolle, sagte Gscheidle, müsse wissen, daß dies nur in den Parteien möglich sei und auch nur, wenn man die Mehrheit in ihnen gewinne. „Und wenn man das weiß, muß derjenige, der in einer Partei wirkt, auch wissen, daß, wenn diese Partei mehrheitlich gegen seine Meinung entschieden hat, es die demokratische Fairneß gebietet, daß er in dieser Frage nicht mehr durch Antragstellungen gegen Mehrheitsbeschlüsse seiner Fraktion argumentieren kann, wenn er die Basis für seine politische Arbeit behalten will.“ So verhielt sich Gscheidle dann auch.

Das Springer-Organ „Die Welt“ zollte ihm am 29. Januar 1969 anlässlich seiner Nominierung zum Rosenberg-Nachfolger hohes Lob, nannte ihn „pragmatisch“ und „ideologiefrei“. Und wörtlich: „Er gehört zwar zum linken Gewerkschaftsflügel seiner Partei und seiner Fraktion. Aber der klassenkämpferische Hang, der einigen deut-

## Vor dem Bundeskongreß des DGB

**In den Gewerkschaften herrscht noch große Stille  
Keine Wahlhilfe für SPD, sondern offene Diskussion**

Der 8. ordentliche Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist vom DGB-Bundesvorstand für die Zeit vom 18. bis 24. Mai 1969 nach München einberufen worden. Dabei fällt immer mehr Gewerkschaftern auf, daß — obwohl der Bundeskongreß in gut drei Monaten stattfinden soll — von allen DGB-Gewerkschaften bisher kaum etwas getan wurde, um das „Parlament der Arbeit“ politisch vorzubereiten.

Sieht man einmal von dem monatelangen Tauziehen im DGB-Bundesvorstand um einen Kandidaten als Nachfolger für den ausscheidenden DGB-Vorsitzenden Ludwig Rosenberg ab und davon, daß gewisse organisatorische Reformen des Deutschen Ge-

werkschaftsbundes angestrebt werden, so sind der Öffentlichkeit keine gesellschafts-, wirtschafts-, sozial-, bildungs-, kultur- oder allgemeinpolitischen Anträge an den Münchener DGB-Bundeskongreß bekannt, auf deren Grundlage die 420 Delegierten die Beschlüsse zu fassen und damit die Weichen der Gewerkschaftspolitik für die kommenden Jahre zu stellen haben.

schen Gewerkschaftsführern noch immer anhaftet, ist ihm sicher ebenso fremd wie jene marxistischen Gedanken, die die Vergangenheit seiner Partei bestimmten und die derzeit von jugendlichen Linken wieder hervorgeholt werden.“

Aus der Sicht des einfachen Gewerkschaftsmitglieds ist das nicht gerade eine Empfehlung für Gscheidle. Es muß insbesondere auch bezweifelt werden, ob seine Reformvorstellungen nach vorn weisen; vielmehr besteht die reale Gefahr, daß eine „starke“ DGB-Spitze in der Hand von „Reformern“ dieser Art zu einem starken Bremsen progressiver Bewegungen würde. Es ist außerdem ein Irrtum, anzunehmen, daß Mängel in der politischen und organisatorischen Führung der Gewerkschaften durch den DGB auf institutionellem Wege zu lösen wären.

Otto Brenner hat in einem Gespräch mit der Wochenzeitung „Publik“ den Kern der Frage angesprochen, als er sagte: **„Ich meine, eine Stärkung des DGB ist nicht durch Änderung der Satzung, sondern durch Initiative und Aktionen des Bundesvorstandes zu erreichen.“** Der geschäftsführende Bundesvorstand des DGB habe in dem Maße Autorität, wie er mit Entschiedenheit und Energie auf allen Gebieten, für die er verantwortlich ist, in Erscheinung tritt. „Man kann wirklich nicht davon sprechen, daß etwa die Gewerkschaften oder gar die IGMetall ihn daran gehindert hätten.“ Im Gewerkschaftsorgan „Metall“ schrieb Chefredakteur Moneta, daß die Zusammenarbeit der 16 Gewerkschaften im DGB unter Ludwig Rosenberg noch nie so reibungslos war wie heute. Im übrigen könne es keinen starken DGB ohne starke Einzelgewerkschaften geben.

Gerd Siebert

Die offensichtliche Zurückhaltung der Einzelgewerkschaften und des DGB bei der politischen Vorbereitung und Herausarbeitung der gewerkschaftlichen Aufgabenstellung zur Durchsetzung einer Politik der Demokratie, des Friedens und des sozialen Fortschritts kann nur damit erklärt werden, daß maßgebliche Gewerkschaftsführer sich mit dem Gedanken einer Art Stillhalteabkommen tragen, um so der SPD gewisse Wahlhilfe zu leisten. Dabei lassen sie sich offenbar von der Überlegung leiten, durch ein vorübergehendes gewerkschaftliches Auf-die-Stelle-Treten die Kluft zwischen Gewerkschaften und dem Parteivorstand der SPD nicht zu erweitern und der Gruppe um Wehner, Schiller, Schmidt usw. das Argument zu nehmen, die Gewerkschaften hätten durch „unrealistische Forderungen“ einen eventuellen Wahlerfolg der SPD vereitelt.

Wer im Gewerkschaftslager solchen Gedanken nachhängt, begeht jedoch einen verhängnisvollen Fehler und muß sich den Vorwurf gefallen lassen, die Machtverhältnisse sowie den Rechtskurs in der Bundesrepublik falsch einzuschätzen. Denn die Politik des sogenannten kleineren Übels ist in Deutschland noch immer zum großen Übel ausgewachsen, wie unter anderem die Tatsache beweist, daß mit dem Eintritt der SPD-Führung in das Kabinett Kiesinger/Strauß eine verschärfte Politik der sozialen Demontage, des Abbaus der Demokratie und der Forcierung der Rüstung eingeleitet wurde. Wer der SPD wirklich helfen will, sollte alles tun, damit sie sich endlich aus der verhängnisvollen Gemeinsamkeit mit den Unionsparteien löst.

**Man muß also auch gerade im Wahljahr auf die SPD einwirken und sie zwingen, zu den Grundforderungen der Gewerkschaften Farbe zu bekennen, um auf diese Weise eine Neuorientierung der sozialdemokratischen**



Politik vorzubereiten. Ferner dürfen die DGB-Gewerkschaften nicht vergessen, daß sie heute der wichtigste Garant für eine friedliche demokratische und fortschrittliche Entwicklung in der Bundesrepublik sind. Das aber legt dem DGB-Bundeskongreß eine große Verpflichtung auf, zumal der Gewerkschaftsbewegung auf Grund des unverhüllten Rechtskurses der in Politik und Wirtschaft herrschenden Kräfte die eigentliche Bewährungsprobe noch bevorsteht.

Daraus leitet sich nun die **Hauptaufgabe des DGB und der in ihm zusammengeschlossenen Gewerkschaften ab, nämlich den Kampf für die Ausweitung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer entschlossen und zielbewußt zu führen. Die Demokratisierung in Betrieb, Wirtschaft und Gesellschaft ist die einzige Alternative zum Machtanspruch der Unternehmer, zu den Notstands-diktaturgesetzen, zur Militarisierung des öffentlichen Lebens und zu der Absicht der CDU/CSU und der NPD, die Herrschaft der Industrie- und Bankenmonopole zu verewigen.**

Die Rückkehr der Gewerkschaften zur aktiven Lohnpolitik ist weiter eine wichtige Aufgabe. Der Bundeskongreß in München sollte sich bemühen, als Antwort auf die konzertierte Aktion Schillers die Voraussetzungen für eine gemeinsame Lohnfront aller DGB-Gewerkschaften zu schaffen. Das kann geschehen durch eine bessere Koordination der Lohnpolitik der Einzelgewerkschaften sowie durch eine stärkere Unterstützung im Lohnkampf durch die Institutionen des DGB. Nur so kann das Ziel, den Lohnnachholbedarf aus den Rezessionsjahren 1966/1967 auszugleichen und für die nächsten Jahre kräftige Lohn- und Gehaltserhöhungen durchzusetzen, realisiert werden.

Daneben muß der Kongreß seine besondere Aufmerksamkeit den Problemen widmen, die im Zuge der Rationalisierung und Automation für die soziale Sicherheit der Arbeiter und Angestellten auftreten. Hier geht es nicht zuletzt um die Erarbeitung gemeinsamer Vorstellungen über die Formulierung der Rationalisierungsschutz- und Manteltarifverträge.

Die dritte große Aufgabe des DGB-Bundeskongresses sollte es sein, **allgemeinpolitische Beschlüsse zu fassen, die einen westdeutschen Beitrag zur Erhaltung des Friedens und zur Normalisierung der angespannten Situation in Europa verlangen.** Dazu gehören u. a. die Kürzung der Rüstungsausgaben, die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages durch Bonn, die Respektierung der bestehenden Grenzen in Mitteleuropa durch die Bundesregierung, die Anerkennung der DDR, die Herstellung normaler Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten, der Abschluß von Nichtangriffsverträgen mit allen Staaten des Warschauer Paktes und die Ausweitung der handels- und kulturpoliti-

## In drei Jahren 30 Prozent mehr Vermögensmillionäre

Um 30 Prozent auf 15 404 ist die Zahl der Vermögensmillionäre in drei Jahren in der Bundesrepublik gestiegen. Das geht aus der neuesten Vermögensstatistik hervor, die alle drei Jahre aufgestellt wird. Diese Millionäre verfügen zusammen über ein Vermögen von 49,4 Milliarden DM. Das ist rund ein Fünftel des Vermögens aller Selbständigen, von denen es in der Bundesrepublik 542 000 mit einem Rohvermögen von 246 Milliarden DM gibt.

Von den Millionären haben sechs ein Vermögen von mehr als 200 Millionen DM zu versteuern, 16 besitzen zwischen 100 und 200 Millionen DM und 28 zwischen 50 und 100 Millionen. 10 800 Millionäre besitzen ein Vermögen im Werte von einer bis 2,5 Millionen DM.

schien Beziehungen zu allen Ländern Mittel-, Südost- und Osteuropas. Als Bahnbrecher könnten die DGB-Gewerkschaften hierbei wirken, indem sie die Kontakte zu den Gewerkschaften in den sozialistischen Staaten einschließlich der DDR ohne Vorbedingungen aufnehmen.

Ferner wäre der Münchener DGB-Bundeskongreß gut beraten, den Regional- und Strukturproblemen besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Das gilt vor allem für das Ruhrgebiet, wo durch das Versagen von Konzernherren und Bundesregierung eine schwierige wirtschaftliche und soziale Lage entstanden ist. Die Krisen in der Stahlindustrie, im Bergbau und in der Textilindustrie sowie die forcierten Rationalisierungsmaßnahmen in den übrigen Wirtschaftsbereichen haben Hunderttausenden von Arbeitnehmern den Arbeitsplatz gekostet und drohen weitere Arbeitskräfte freizusetzen. Dies wiegt um so schwerer, da infolge des Fehlens von wachstumsorientierten Industrien keine ausreichende Zahl von Ersatzarbeitsplätzen vorhanden ist.

Schließlich müssen die Gewerkschaften sich zu aktuellen Fragen der Sozial-, Renten-, Vermögens-, Preis-, Energie-, Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Kulturpolitik äußern und entsprechende Forderungen anmelden.

Um in all diesen Bereichen Aktivität zu entfalten, bleibt nur noch wenig Zeit. Für die Gewerkschaften gilt es nun Versäumtes schnellstens und gründlich nachzuholen, damit auf dem Münchener DGB-Bundeskongreß Beschlüsse gefaßt werden, die das Streben der Millionen Gewerkschafter nach Demokratie und Frieden sowie nach sozialem und gesellschaftlichem Fortschritt nachdrücklich unterstreichen. G. B.

## IGM-Arbeitsprogramm

In einer dreitägigen Arbeitssitzung in Hundsbach im Schwarzwald hat der Vorstand der IG Metall Ende Januar ein neues Arbeitsprogramm verabschiedet, das die Grundlage für die Arbeit der IG Metall bis zum nächsten Gewerkschaftstag im Jahre 1971 bilden soll.

Im Vordergrund der Tarifpolitik wird danach die Verbesserung des Einkommens und die Steigerung des Anteils der Arbeitnehmer am Sozialprodukt stehen. Außerdem strebt die IG Metall in der nächsten Zeit u. a. an: die Verbesserung der Urlaubsbedingungen, weitestgehende tarifvertragliche Erfassung der Lohn-, Gehalts- und Arbeitsbedingungen, die tarifliche Sicherung der freiwilligen Sozialleistungen im Betrieb, die Vereinbarung eines 13. Monateinkommens und den tarifvertraglichen Schutz der gewerkschaftlichen Vertrauensleute.

Zur Unterstützung der Mitbestimmungsforderungen des DGB und der Gewerkschaften wird die IG Metall eine besondere Aufklärungsaktion unter ihren Mitgliedern durchführen. Ferner will sie in dieser Frage die Kontakte zur Bundesregierung und den Parteien und Fraktionen des Bundestages ausbauen. — **In dieser Konzeption fehlt allerdings, entsprechend einem Beschluß des letzten Gewerkschaftstages, die Ausarbeitung und Verwirklichung eines Aktionsprogramms zur Durchsetzung der Mitbestimmung sowie die Realisierung von Mitbestimmungsrechten durch Aufnahme in die Tarifverträge.**

Auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Finanzpolitik will die IG Metall Maßnahmen unterstützen, die geeignet sind, Vollbeschäftigung, stetiges Wirtschaftswachstum und Preisstabilität zu sichern. Wichtigste Forderungen der Gewerkschaft zur Sozialpolitik sind die Verwirklichung der Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten, die Erhöhung der Arbeitssicherheit und die Herabsetzung der Altersgrenze in der Rentenversicherung auf 60 Jahre für Arbeitnehmer, die vor Vollendung des 65. Lebensjahres aus dem Arbeitsleben ausscheiden. Weiter fordert die IG Metall die Verabschiedung eines Berufsausbildungsgesetzes noch in dieser Legislaturperiode des Bundestages.

Auf organisatorischem Gebiet hat sich die IG Metall eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Vorstand, Bezirksleitungen und Ortsverwaltungen zum Ziel gesetzt. Sie will ihre Verwaltung rationalisieren, die Mitgliederfluktuation bekämpfen, die Beitragskassierung verbessern, ihre Vertrauensleutearbeit ausbauen und ihre Öffentlichkeitsarbeit verstärken.

Zur Durchführung dieses Arbeitsprogramms wird der Vorstand der IG Metall eine besondere Kommission bilden.



# Gleichbehandlung der Arbeiter in Sicht

## Lohnerhöhung im öffentlichen Dienst nach Bonner Leitlinie Am besten schnitten die Arbeiter ab — neues Lohnsystem

Mit der Erklärung des 1. Vorsitzenden der Gewerkschaft ÖTV, Heinz Kluncker: „Wir haben einen gesellschaftspolitischen Grundsaterfolg errungen, wir sind zufrieden“, endete nach einer 16stündigen Verhandlung die letzte Runde im Tarifkampf des öffentlichen Dienstes. Die Forderung nach einer 8prozentigen Aufbesserung der Ecklöhne und der Grundvergütungen der 1,2 Millionen Arbeiter und Angestellten konnten rückwirkend vom 1. Januar 1969 bis zu 6 Prozent realisiert werden. Hinzu kommen noch strukturelle Verbesserungen.

Auf der Grundlage der Vereinbarungen zwischen der ÖTV einerseits und dem Bund, den Ländern und den Gemeinden andererseits haben auch die Deutsche Postgewerkschaft und die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands Lohn- und Gehaltsverbesserungen mit der Bundespost und der Bundesbahn vereinbart.

Der größte Erfolg der ÖTV-Gewerkschaft ist jedoch der Durchbruch zur Gleichbehandlung aller drei Gruppen im öffentlichen Dienst, nämlich der Arbeiter mit den Angestellten und Beamten. So werden die Lohnzulagen und Sozialzuschläge, die anstelle der familienbezogenen Ortszuschläge der Angestellten und Beamten gezahlt wurden, denen der beiden anderen Gruppen angepaßt. Das sind bei erhöhter Kinderzahl beachtliche Beträge. Bei Inkraftsetzung des 2. Besoldungs-Neuregelungsgesetzes (2. BesNG) hätten Arbeiter mit vier Kindern immerhin 58 DM weniger an Zuschlägen gegenüber Angestellten und Beamten erhalten. Damit wird nun Schluß gemacht.

Der wichtigste Bestandteil des mit einjähriger Laufzeit abgeschlossenen Tarifvertrages ist die schrittweise Einführung eines neuen Lohnsystems. Es ist nicht — wie einige Zeitungen schrieben — nur eine Umstellung von wöchentlich gezahlten Löhnen auf monatliche Auszahlung damit verbunden. Angelehnt an die Regelung für Angestellte und Beamte wird in Zukunft auch für die Arbeiter stufenweise alle zwei Jahre eine Steigerung der Bezüge erfolgen. Das geschieht unabhängig von den jeweils notwendig gewordenen tariflichen Erhöhungen durch neue Tarifverträge.

In der Begründung ihrer Forderung nach Einführung des neuen Lohnsystems verwies die ÖTV darauf, daß Arbeiter und Angestellte ein annähernd gleiches Anfangseinkommen haben, wenn sie mit dem 20. oder 21. Lebensjahr in den öffentlichen Dienst eintreten. Bleiben sie jeweils in der gleichen Lohn- bzw. Vergütungsgruppe, so können die Angestellten z. B. bei Bund und Ländern ihr Einkommen entsprechend ihrer Dienstzeit um ca. 173 DM steigern, die Handwerker jedoch nur um 34 DM. Diese gravierenden Unterschiede zwischen fast gleichwertigen Tätigkeiten sollen

nun mit dem neuen Lohnsystem beseitigt werden. Über Einzelheiten muß noch verhandelt werden.

Die Einigungsformel des neuen Tarifvertrages, dem die Große Tarifkommission der ÖTV zugestimmt hat, lautet:

„Die Tarifvertragsparteien sind sich darüber einig, daß Unterschiede in den Arbeitsbedingungen der Angestellten und Arbeiter nicht aus grundsätzlichen Erwägungen aufrecht erhalten bleiben müssen. Die nachstehende Vereinbarung dient als erster Schritt, diese Arbeitsbedingungen einander anzunähern. Über die weitere Ausgestaltung des neuen Lohnsystems wird im Laufe des Jahres 1969 verhandelt werden. Diese Verhandlungen werden alsbald aufgenommen. Eine weitere Annäherung soll nicht ohne Berücksichtigung der Arbeitsleistung erfolgen. In der Erörterung weiterer Schritte sollen auch die unständigen Lohnbestandteile einbezogen werden. Ein weiterer Schritt soll im Frühjahr 1970 erfolgen.“

Die Kündigung des am 31. Dezember 1968 abgelaufenen Tarifvertrages war Anfang Oktober erfolgt. Gleichzeitig kündigten auch die Postgewerkschaft und die Eisenbahnergewerkschaft die Tarife für die bei Bundespost und Bundesbahn beschäftigten Arbeiter. Mit der Lohn- und Gehaltsaufbesserung um 6 Prozent und den weitreichenden strukturellen Verbesserungen, die allerdings nur für den Bereich der Gewerkschaft ÖTV maßgebend sind, hat die Tarifaufeinanderersetzung für rund 1,6 Millionen Beschäftigte des gesamten öffentlichen Dienstes ihr vorläufiges Ende gefunden.

In einem Leitartikel vom 10. Januar forderte der Chefredakteur der „Welt der Arbeit“, Richard Becker, für 1969 eine allgemeine Einkommensverbesserung um 9 Prozent. Da die Exportüberschüsse in diesem Jahr geringer ausfallen werden, muß — so Becker — die inländische Gesamtnachfrage stärker zunehmen als das Sozialprodukt, nämlich um ca. 8,5 Prozent. Um tatsächlich zu einer solchen Erhöhung der Massenkaufkraft zu kommen, muß der Verbrauch aus Löhnen und Gehältern um 11 bis 12 Prozent wachsen.

Diesem Erfordernis allerdings werden die finanziellen Auswirkungen der Tarifvereinbarung im öffentlichen Dienst nicht gerecht. Bei den Angestellten handelt es sich nur um die Grundvergütung, die um 6 Prozent verbessert wurde. Da der Ortszuschlag bei den unteren Vergütungsgruppen — wie bei den unteren Besoldungsgruppen der Beamten — ein Viertel bis ein Drittel des gesamten Einkommens ausmacht, dürfte die Freude unter den Angestellten über die Gehaltserhöhung nicht groß sein, zumal ab 1. 1. 1969 schon erhöhte Beiträge zur Sozialversicherung fällig sind.

Auch die vom DGB und seinen Gewerkschaften ebenfalls geforderte Besoldungsaufbesserung um 8 Prozent

## Lebenshaltung wieder teurer

Nach Feststellungen des Statistischen Bundesamtes haben sich die Lebenshaltungskosten für einen Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mittleren Einkommens von Dezember 1967 auf Dezember 1968 um 2,7 Prozent erhöht. Anders sieht dagegen der Preisvergleich im Jahresdurchschnitt aus; gegenüber dem Jahresdurchschnitt 1967 ergab sich eine Steigerung von 1,5 Prozent. Ein starker Preisanstieg, nämlich 5,4 Prozent, war bei Dienstleistungen und Reparaturen zu verzeichnen. Die Gastarife stiegen um 11,5 und die Stromtarife um 8,9 Prozent.

Anläßlich der Kölner Möbelmesse Ende Januar/Anfang Februar 1969 wurde vom Vorsitzenden des Fachbeirats der Möbelmesse, Krasemann, für das laufende Jahr eine Steigerung der Preise in dieser Branche um 3 bis 5 Prozent angekündigt.

für die 1,3 Millionen Beamten dürfte durch diesen Tarifabschluß nicht gerade bekräftigt worden sein. Nach dem Willen des Bundeskabinetts soll erst am 1. Juli eine 5prozentige — jedoch nicht lineare — Besoldungsaufbesserung mit dem 2. BesNG erfolgen.

Die Verschleppung der ursprünglich für den Jahresanfang zugesagten Erhöhung würde jedoch nur eine Steigerung um 2,5 Prozent für das Jahr 1969 bedeuten. Darum sollte der DGB mit allem nötigen Nachdruck eine frühere Inkraftsetzung der zweiten Stufe der Besoldungsreform verlangen. Ob die dritte Stufe — wie vor genau zwei Jahren zwischen dem DGB und dem Bundesinnenministerium vereinbart — noch in dieser Legislaturperiode des Bundestages verabschiedet wird, ist sehr fraglich. Uwe Scheer



# IG Chemie betont Tarifhoheit

**Forderung: 9,5 Prozent plus Arbeitszeitverkürzung  
Kritik an Konzertierter Aktion und Lohnleitlinie**

Die Industriegewerkschaft Chemie - Papier - Keramik hat für die angelaufene Tarfbewegung dieses Jahres in der chemischen Industrie die Forderungen festgelegt: Erhöhung der Tariflöhne und -gehälter um 9,5 Prozent und Verkürzung der Arbeitszeit von 41¼ auf 40 Wochenstunden. In einer gemeinsamen Konferenz des Hauptvorstandes der IG Chemie und aller bezirklichen Lohn- und Gehaltstarifkommissionen sowie der Manteltarifkommissionen wurden Grundsätze und Ziele der Tarifrunde 1969 fixiert.

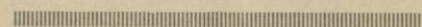
Die erste Verhandlung zwischen der Gewerkschaft und dem Arbeitsring der Chemischen Industrie über die Verkürzung der Arbeitszeit war am 6. und 7. Februar 1969. Dabei sollte es auch zum Gespräch über die Lohn- und Gehaltsforderung kommen. Die Tarifkommissionen haben zugestimmt, obgleich die Lohn- und Gehaltspolitik Angelegenheit der Bezirke ist, daß in diesem Jahr kombinierte Verhandlungen über Arbeitszeitverkürzungen sowie Lohn- und Gehaltserhöhungen gleichzeitig, und zwar auf Bundesebene geführt werden. Während der Verhandlungen werden die Bezirke, in denen unterschiedliche Kündigungsfristen gelten, die Tarifverträge termingerecht kündigen, um schließlich die neuen Verträge wieder auf Bezirksebene in Kraft zu setzen.

In einer Zehn-Punkte-Erklärung zur Tarifpolitik üben Hauptvorstand und Tarifkommissionen der IG Chemie deutliche Kritik an der Konzertierten Aktion, die die „Soziale Symmetrie“ nicht gebracht habe. Nach einer formalen Würdigung der erfolgreichen Anstrengungen „insbesondere des Wirtschaftsministers Schiller“ zur Überwindung der Rezession wird jedoch von der Sache her „mit allem Nachdruck darauf hingewiesen . . . , daß die ganze bisherige Entwicklung einseitig zugunsten der Unternehmer und zu Lasten der Arbeitnehmer vor sich gegangen ist“. Die Erklärung stellt fest: „Die weitere Mitarbeit der Gewerkschaften in der ‚Konzertierten Aktion‘ wird immer mehr Gegenstand berechtigter Kritik.“ Eine Verschärfung der Auseinandersetzungen zur Herstellung des sozialen Gleichgewichts werde unausbleiblich, wenn die Unternehmer ihr Verhalten nicht änderten.

Wer diese Kritik richtig zu lesen versteht, weiß genau, daß sie sich ebenso gegen den sozialdemokratischen Wirtschaftsminister und die Tätigkeit der SPD in der Großen Koalition richtet, denn obgleich es stimmt, daß in diesem Lande das Verhalten der Unternehmer zählt, läßt sich nicht von der Hand weisen, daß Prof. Schiller sich voll auf die Wünsche der Unternehmer eingestellt hat. Er hat sogar ausdrücklich erklärt, daß „in der ersten Phase“ der Konzertierten Aktion die Unternehmer bevorzugt werden müßten, um die Konjunktur wieder anzukurbeln. In der „zweiten Phase“ soll-

ten dann die Arbeitnehmer drankommen. Aber diese zweite Phase wird es nicht geben, sie war auch nie vorgesehen, und das eben war Schillers Trick, der jetzt nach und nach trotz seiner verbalen Feuerwerke durchschaut wird.

Der stellvertretende Vorsitzende der IG Chemie-Papier-Keramik, Karl Küpper, der für die Tarifpolitik verantwortlich zeichnet, hat in der Februar-Nummer der „Gewerkschaftspost“ unmißverständlich erklärt, daß er das vielgelobte Verständnis des Wirtschaftsministers für die Lohn- und Gehaltswünsche der Gewerkschaften für völlig ungenügend hält. Ausgehend von der Notwendigkeit der



## **Rationalisierungsschutzvertrag für DETAG-Belegschaften**

Nach längerer Weigerung mußte sich nunmehr auch die Deutsche Tafelglas AG (DETAG) zum Abschluß eines Rationalisierungsschutzvertrages für die 5000 Belegschaftsmitglieder mit der IG Chemie-Papier-Keramik bereit finden.

Der Vertrag, der am 1. Februar 1969 in Kraft trat, sieht gewisse Schutzbestimmungen vor negativen Folgen der Technisierung und Automation vor, so bei Umsetzungen, Versetzungen und Umgruppierungen, bei Umschulungen, Lohnminderungen durch Herabgruppierungen und bei Entlassungen infolge technologischer Veränderungen, höherer Mechanisierung, Technisierung und Automation.

Das Mindestalter für die Inanspruchnahme von Vergütungen bei Verdienstminderung oder Verlust des Arbeitsplatzes beträgt 35 Jahre, dazu kommen mindestens fünf Jahre Betriebszugehörigkeit. Der Vertrag sieht u. a. vor: Verdienstausschleich bis zu sechs Monaten, Kündigungsschutz zwischen drei und sechs Monaten, grundsätzliches Verbot von Entlassungen nach vollendetem 50. Lebensjahr bei 20 Jahren Betriebszugehörigkeit. Wenn dennoch eine Entlassung unvermeidlich wird, muß die Kündigungsfrist 12 Monate und die Abfindungssumme 12 Monats-einkommen betragen.

Wie wir bei Andruck dieser Ausgabe erfahren, haben sich die Tarifparteien in der chemischen Industrie bereits während der ersten Zusammenkunft auf eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um 7,5 Prozent und die Verschiebung der Arbeitszeitverkürzung auf den 31. Dezember 1969 geeinigt.



Konjunkturförderung durch Ausweitung der Massenkaukraft, schreibt Küpper:

„Die Schillerschen 5,5 bis 6,5 Prozent Tariflohn erhöhungen reichen da bei weitem nicht aus. Sie sollen sich zwar mit 7 Prozent bei den Effektivlöhnen niederschlagen, aber als leidgeprüfte Tarifpolitiker wissen wir ja, daß meistens nicht alles im Netz hängen bleibt, was wir bei den Tarifverhandlungen an Land ziehen. Wenn wir übrigens Schiller und die anderen Leute, die Prognosen aufstellen, richtig verstehen, dann sind ja die genannten Zahlen mögliche Tariflohn erhöhungen für das Jahr 1969. Man kann aber doch nicht einfach mit einer Handbewegung über die Tatsache hinweggehen, daß ein großer Teil der Tarifverträge erst im zweiten Quartal 1969 kündbar ist; ganz zu schweigen von den Tarifverträgen, die erst im zweiten Halbjahr 1969 zum Tragen kommen. Also müßte man diese Prozentsätze, die in der Gegend herumschwirren, hochrechnen im Verhältnis zu den Zeiträumen, in denen sie für das Jahr 1969 eine tatsächliche Belastung darstellen.“

Karl Küpper warnt die Gewerkschafter vor allem davor, sich durch die Konzertierte Aktion die Handlungsfreiheit nehmen zu lassen. „Wir werden uns daran zu erinnern haben, daß die ‚Konzertierte Aktion‘ die Freiheit der Tarifpartner nicht in Frage stellt“, schreibt Küpper. Die Soziale Symmetrie sei im übrigen keine Dividende, die von einer AG verteilt werde. „Wir müssen sie durch unsere gewerkschaftlichen Aktionen selbst herstellen.“

In der erwähnten Zehn-Punkte-Erklärung der IG Chemie wird festgestellt, daß besonders in der chemischen Industrie die tarifliche Entwicklung mit der seit Jahren ununterbrochenen Expansion keinesfalls Schritt halte. Hauptvorstand und die zuständigen Gremien der Gewerkschaft wollen nach Mitteln und Wegen suchen, „um die untragbare Situation grundsätzlich zu verändern“. Alle Funktionäre der IG Chemie werden aufgefordert, „stärkeres Gewicht auf die tarifliche Weiterentwicklung zu legen und sich nicht als Werkzeug einer betriebsbetonten Lohnpolitik mißbrauchen zu lassen“. Schließlich betont die Erklärung, daß die diesjährige Lohn- und Gehaltspolitik auf eine „nachhaltige“ Erhöhung der Einkommen nicht verzichten könne und das Moment des Nachholbedarfs berücksichtigen müsse.

K. Kilian



# CDU/CSU hintertreibt Lohnfortzahlung

**In einem Appell an die Bundesregierung forderte der DGB im Januar erneut die unverzügliche Vorlage eines Gesetzentwurfes für die Lohnfortzahlung der Arbeiter im Krankheitsfall. Die Lohnfortzahlung gehört nach Auffassung des DGB zu der versprochenen „sozialen Symmetrie“ und ist ein Teil des Ausgleichs für die Vorleistungen der Arbeitnehmer während der Rezession.**

Der finanzielle Aufwand für die Lohnfortzahlung sei angesichts der stark gestiegenen Gewinne der Unternehmer ohne weiteres tragbar, betonte der DGB in seiner Erklärung. Der DGB unterstützt den vom Bundesarbeitsministerium vorgelegten Gesetzentwurf (s. „Barrieren auf dem Weg zum Arzt“, NA Nr. 1/1969) in allen jenen Punkten, die zu einer Gleichbehandlung der Arbeiter mit den Angestellten führen. Jede zusätzliche finanzielle Belastung der Versicherten und Erschwerung des Zugangs zum Arzt wurde dagegen erneut abgelehnt.

Die Beratungen in Bonn aber laufen genau in der Richtung einer zusätzlichen finanziellen Belastung. Die CDU/CSU betätigt sich wieder einmal als getreuer Willensvollstrecker der Unternehmerverbände. Nachdem die Lohnfortzahlungs-Kommission der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Beratung der vom Bundesarbeitsministerium erarbeiteten Gesetzentwürfe abgeschlossen hatte, wurde von dem Fraktionsvorsitzenden Barzel erneut klargestellt, daß die CDU/CSU der Lohnfortzahlung nur dann zustimmt, wenn sie mit ersten Maßnahmen der Krankenversicherungsreform im Sinne der Unternehmervorstellungen gekoppelt wird.

Die CDU/CSU-Kommission will nicht nur eine als „Rückerstattung“ getarnte

Krankenscheingebühr einführen, sondern auch die Rezeptgebühr erneut von einer auf zwei Mark erhöhen. Erst vor einem Jahr wurde bekanntlich die Rezeptgebühr verdoppelt, und zwar von 50 Pfennig auf eine DM. Nach den Wünschen der CDU/CSU, die sich absolut mit den Vorstellungen der Unternehmer decken, soll der Versicherte für drei der vier Krankenscheine, die er pro Jahr erhalten kann, eine Rückerstattung von 10 Mark pro Schein erhalten, wenn sie nicht in Anspruch genommen werden. Das gleiche gilt auch für die Krankenscheine der mitversicherten Familienangehörigen. Das aber heißt schlicht und einfach, der zweite bis vierte Krankenschein, den ein Versicherter in Anspruch nehmen muß, kostet pro Stück zehn DM!

Ist die CDU/CSU-Lohnfortzahlungskommission bei der Rezept- und Krankenscheingebühr auf Kosten der Versicherten sehr „großzügig“, bleibt sie in bezug auf die Versicherungspflichtgrenze für Angestellte weitaus zurückhaltender. Die Versicherungspflichtgrenze soll nämlich nur von jetzt 960 DM auf 990 DM heraufgesetzt werden. Das würde aber bedeuten, daß nur sehr wenige der Angestellten, die nicht pflichtversichert sind, in die Versicherung einbezogen würden. Etwa drei Millionen Angestellte müßten dann weiterhin ihren Krankenversicherungsbeitrag voll selbst zahlen. A. B.

## IG Druck fordert 9 Prozent

Eine Anhebung des tariflichen Ecklohns um 9 Prozent fordert die IG Druck und Papier für die rund 170 000 Arbeiter des graphischen Gewerbes. Der Lohntarifvertrag ist am 31. Januar 1969 abgelaufen.

„9 Prozent — das ist fühlbar, doch keineswegs zuviel“, heißt es in einer Sonderausgabe von „druck und papier“, dem Zentralorgan der Gewerkschaft. „Fühlbar für den Arbeitnehmer, der damit endlich einen gewissen Ausgleich für das in der konzertierten Aktion herbeigeführte und in der damaligen Situation auch unerläßliche ‚Stillhalten‘ erhält. Das ist ein Ausgleich für den weitgehenden Lohnverzicht der letzten beiden Jahre.“ Die Zeitung weist außerdem darauf hin, daß im laufenden Jahr mit einem Anstieg der Lebenshaltungskosten nicht unter 3 Prozent zu rechnen ist.

Der Unternehmerverband der graphischen Industrie hat, wie wir bei An-

druck dieser Ausgabe erfahren, im letzten Augenblick vor Ablauf der Erklärungsfrist den bereits unterschrittsreifen neuen Manteltarifvertrag abgelehnt. Stein des Anstoßes ist die grundsätzliche Festlegung der wöchentlichen Arbeitszeit auf fünf Tage. Die Gewerkschaft hat die Schlichtungsstelle angerufen.

**Durchbruch in tarifpolitisches Neuland bedeutet der Stufenplan zur Beseitigung der Anrechnung des arbeitsfreien Sonnabends als Urlaubstag.** Beginnend ab 1. Januar 1970 entfällt jedes Jahr ein Sonnabend bei der Urlaubsberechnung. Ab 1. Januar 1973 können im graphischen Gewerbe nur noch fünf Tage pro Woche als Urlaubstag angerechnet werden. Damit wird sich der Jahresurlaub zwangsläufig um vier Tage verlängern.

Außerdem ist es der Gewerkschaft gelungen, die Zahl der Grundurlaubstage von 17 auf 18 zu erhöhen und die Berücksichtigung der Betriebszugehö-

rigkeitsdauer bei der Gewährung weiterer Urlaubstage zu beseitigen. Jetzt zählt bei der Urlaubsbemessung nur noch das Lebensalter: 18 Tage bis zum 23. Jahr, nach vollendetem 24. Jahr 20 Tage, nach dem 27. Jahr 21 Tage, nach dem 30. Lebensjahr 22 und nach dem 32. Lebensjahr sind es 24 Tage. Schließlich wurde auch das zusätzliche Urlaubsgeld erhöht: ab 1. Januar 1969 auf 30 und ab 1. Januar 1971 auf 40 Prozent des Durchschnittsverdienstes. K. K.

## Tarifvertrag für Bankangestellte gekündigt

Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen sowie die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft haben zum 28. Februar 1969 den Gehaltstarifvertrag für die rund 220 000 Bankangestellten in der Bundesrepublik gekündigt. Erste Verhandlungen mit dem Verband des privaten Bankgewerbes sollen am 21. Februar in Düsseldorf geführt werden.

Die Gewerkschaft HBV hat eine Aufbesserung der Gehälter um 7,2 Prozent, mindestens jedoch um 55 DM im Monat verlangt. Daneben fordert sie die Beseitigung der Ortsklassenabschläge, die Vereinbarung zusätzlicher Leistungen zur Sparförderung und die Zahlung eines Arbeitgeberanteils zur Krankenversicherung auch für jene Arbeitnehmer, die über 900 DM im Monat verdienen und nicht versicherungspflichtig sind. Darüber hinaus möchte die HBV-Gewerkschaft auch mit Verhandlungen über eine Verbesserung der Manteltarifbestimmungen beginnen. Zu den Forderungen gehören: Arbeitszeitverkürzungen von 42½ auf 40 Wochenstunden, Erhöhung des Mindesturlaubs auf vier Wochen, Reform des veralteten Tarifgruppensystems und Einführung klarer tariflicher Tätigkeitsbeispiele.

Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft hat sich dagegen auf eine lineare Anhebung der Tarifgehälter um 10 Prozent festgelegt.

## Gehaltsverhandlungen im Versicherungsgewerbe

In München finden am 20. März 1969 Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften HBV und DAG auf der einen und dem Arbeitgeberverband der Versicherungsunternehmen auf der anderen Seite statt. Die für rund 175 000 Versicherungsangestellte zu erhebenden Forderungen wurden noch nicht präzisiert. Der Leiter der Tarifabteilung im HBV-Hauptvorstand, Günter Volkmar, sprach von der Notwendigkeit einer „wesentlichen“ Gehaltserhöhung zur Stärkung der Massenkaufkraft. Die Geschäftsentwicklung im Versicherungsgewerbe sei weiterhin überdurchschnittlich gut. Im letzten Jahr hätten die Zuwachsraten in dieser Branche 9 bis 10 Prozent betragen.



# Für aktive Lohnpolitik entschlossen

## Wachsende Kampfbereitschaft in den Gewerkschaften Alternativen des DGB zur Bonner Wirtschaftspolitik

Wer in diesen Wochen mit Funktionären und Mitgliedern der Gewerkschaften über Tarifpolitik spricht, spürt die wachsende Unzufriedenheit über die fortwährende, in die Bonner Wirtschaftspolitik hineinkonzipierte Benachteiligung der Arbeitnehmer im Vergleich zu den Unternehmern. Der Glaube an die 1967 von Prof. Schiller versprochene „zweite Phase“ der konzertierten Aktion — die „soziale Symmetrie“ — beginnt zu verrauchen. Man will nicht mehr untätig warten. Nur eines steht nach über zwei Jahren Großer Koalition fest: Im Mittelpunkt für Bonn stehen die Interessen der Unternehmer. Jetzt wächst in den Gewerkschaften wieder die Bereitschaft zu einer kämpferischen und aktiven Lohn- und Tarifpolitik.

Ein neuer Ton findet sich auch in den Gewerkschaftszeitungen. „Welt-der-Arbeit“-Chefredakteur Richard Becker schildert in Nr. 2 vom 10. Januar 1969 eine kritische Stimmung, wonach es Minister Schiller in der konzertierten Aktion gelungen sei, „seine Gesprächspartner mit seinen Zauberformeln zu becirchen“. DGB-Presseschef Walter Fritze zeigt sich in „WdA“ Nr. 4 vom 24. Januar enttäuscht, daß die Arbeitnehmer zu dem Schaden aus der tarifpolitischen Zurückhaltung im vergangenen Jahr jetzt auch noch den Spott hätten. So jedenfalls müsse die Äußerung von Schiller verstanden werden, die Gewerkschaften seien an dem Lohn- und Gehaltsrückstand selbst schuld.

Walter Fritze konstatiert am Schluß seines Artikels ebenfalls die zunehmende Kampfbereitschaft der Arbeitnehmer und zitiert das Ergebnis von Meinungsumfragen: „Nicht nur rund vier Fünftel der organisierten Arbeitnehmer, sondern auch über die Hälfte der Unorganisierten hält es jetzt für richtig, daß die Gewerkschaften zur Durchsetzung ihrer Forderungen auch zum Mittel des Streiks greifen.“

Auf diesem kritischen Boden und der — wenn auch unausgesprochenen — Erkenntnis, daß Prof. Schiller zwar schmeichelhafter reden kann als Prof. Erhard, im übrigen aber ebenso das wirtschaftspolitische Geschäft der Monopole und Unternehmerverbände besorgt, ist im DGB eine eigene Alternativkonzeption zur Wirtschaftspolitik gewachsen, die der Bundesvorstand im Januar den Verantwortlichen in Bonn auf den Tisch legte.

Das Kernstück dieser Konzeption besteht darin, daß im laufenden Jahr die Nettoeinkommen der Arbeitnehmer um 9 Prozent steigen und die der Unternehmer nach der Gewinnexplosion des vergangenen Jahres um 5 Prozent sinken müßten, wenn beide Klassen in der prozentualen Einkommensentwicklung der letzten Jahre annähernd „gleichziehen“ sollen. Das Investitionsvolumen könnte dabei um 8,5 Prozent und das verfügbare Einkommen des Staates sogar um 14 Prozent wachsen.

Der DGB geht dabei von folgenden Tatsachen bzw. Daten und einzuleitenden Maßnahmen aus:

Nach dem Entwurf der neuen Zielprojektion der Bundesregierung würde der private Verbrauch der Arbeitnehmer seit 1966 bis 1969 nur um 13 Prozent wachsen, derjenige der Selbständigen jedoch um 32 Prozent. Bei unverändertem Sparverhalten würden im gleichen Zeitraum den Arbeitnehmern, einschließlich der leitenden Angestellten, weniger als 4000 DM Sparguthaben pro Kopf zufließen, den Selbständigen unter Einschuß der Abschreibungen aber 65 000 DM. Bei der Entwicklung der Nettoeinkommen würde die Zielprojektion für 1969 einen Anstieg von etwa 14 Prozent in den vier Jahren von 1966 bis 1969 für Arbeitnehmer und von durchschnittlich 30 Prozent für Selbständige zur Folge haben. Ein Preisauftrieb im laufenden Jahr über die projektierten 2 bis 2,5 Prozent hinaus — und das ist zu erwarten — würde nach Auffassung des DGB eine weitere Verschiebung der Größen zugunsten der Selbständigen bewirken.

### Schichtlohn für Hafenarbeiter erhöht

Mit der Heraufsetzung der Schichtlöhne für Hafenarbeiter um 2,50 DM auf 33,50 DM ist in den Seehäfen der Bundesrepublik die Lohnbewegung beendet worden. Der neue zwischen der Gewerkschaft OTV und dem Verband der Seehafenbetriebe ausgehandelte Tarifvertrag ist seit dem 1. Februar 1969 in Kraft. Die Hafenarbeiter hatten die Erhöhung des Schichtgrundlohns um 4 DM auf 35 DM gefordert.

Die erreichte Steigerung um 8,1 Prozent, die im Verhältnis zu den angestrebten 13 Prozent bescheiden aussehen mag, geht dennoch über die zugestandene Leitziffer des Wirtschaftsministers von 6 Prozent deutlich hinaus. Damit ist es den Hafenarbeitern gelungen, sich der staatlichen Reglementierung der Lohnpolitik weitgehend zu entziehen. Der Abschluß geht auch über den Umfang des Zugeständnisses im öffentlichen Dienst hinaus. Dennoch bleibt festzustellen, daß der Erfolg der Hafenarbeiter zweifellos größer ausgefallen wäre, wenn die Ge-

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hält darum die Zielprojektion des Bundeswirtschaftsministers und der Regierung für „unvereinbar mit der Zusage einer Verwirklichung der sozialen Symmetrie“. Er fordert für 1969 eine Steigerung der „verfügbaren Arbeitnehmer-einkommen“ um durchschnittlich 9 Prozent. Als stützende Maßnahmen verlangt der DGB in dem Alternativpapier die Erhöhung des Arbeitnehmerfreibetrages bei der Lohnsteuer, die Wiederanhebung der Kilometerpauschale auf 50 Pfennig und die Einführung der arbeitsrechtlichen Lohnfortzahlung für kranke Arbeiter. Gleichzeitig soll die Preisbindung der zweiten Hand aufgehoben und die Preispolitik marktbeherrschender Unternehmen schärfer kontrolliert werden. Der Staat hat ebenfalls preistreibende Maßnahmen zu unterlassen.

Alle diese Schritte hält der DGB für erforderlich, um einmal der sogenannten „sozialen Symmetrie“ näher zu kommen und zum andern die Inlandsnachfrage zur Stützung und Belegung der Konjunktur zu stärken. Diese Stellungnahme zur Wirtschaftspolitik ist ohne Zweifel eine fehr begrüßenswerte Initiative zur Formulierung einer auf den Interessen von rund 80 Prozent der Bevölkerung basierenden alternativen Plattform. Die konsequente Durchsetzung dieser Forderungen würde ebensogut auch dem Mittelstand zum Vorteil gereichen, der in der Regel von den Arbeitnehmern lebt.

Insgesamt sind 1969 auf Grund der Kündigungstermine der Tarifverträge Lohn- und Gehaltsbewegungen für rund 15 Millionen Arbeitnehmer zu erwarten, davon für 8 Millionen be-

werkschaft die vorbildliche Kampfbereitschaft der Hafenarbeiter genutzt hätte.

### Wachsende Proletarisierung

Die marxistische These von der Kapitalakkumulation und der Vernichtung des Mittelstandes im Spätkapitalismus wird durch die offizielle Statistik der Erwerbsstruktur in der Bundesrepublik und in West-Berlin belegt, die Ende 1968 für die Jahre 1950 bis 1967 veröffentlicht wurde. Danach haben in den letzten 17 Jahren die selbständig Arbeitenden in der Bundesrepublik und West-Berlin von 31,6 Prozent auf 19,4 Prozent abgenommen. 1950 war noch ein Drittel der Erwerbstätigen selbständig, 1967 nicht einmal mehr ein Fünftel.

Der Anteil der lohnabhängigen Bevölkerung stieg dagegen im gleichen Zeitraum von 68,4 auf 80,6 Prozent, das heißt von gut zwei Drittel auf mehr als vier Fünftel. Am stärksten war der Rückgang der Selbständigen in der Land- und Forstwirtschaft; ihr Anteil fiel von 19,8 auf 9,2 Prozent.



# Kapitalexport als Zukunftssicherung?

## Monopole drängen mit hohen Profiten ins Ausland Gleichzeitig Vernachlässigung wichtiger Inlandsaufgaben

Das Jahr 1968 hat für die bundesdeutschen Konzerne neue Rekordhöhen der Profite gebracht. Angesichts nach wie vor nicht voll ausgelasteter Produktionskapazitäten wurden sie in einem bisher einmaligen Umfang für Kapitalexporte verwendet. Ende des vergangenen Jahres gab Fritz Berg, Präsident des BDI, einige Zahlen bekannt. Der gesamte langfristige Kapitalexport (einschl. Anleihen usw.) betrug von Januar bis August 1968 mehr als 7,4 Milliarden DM, während im ganzen Jahr 1967 nur 3,4 Milliarden DM exportiert worden waren.

Mitte des Jahres 1968 registrierte man direkte private Kapitalanlagen im Ausland in Höhe von 13 Milliarden DM; davon waren für eine Milliarde DM Anlagen allein im ersten Halbjahr 1968 errichtet oder erworben worden. Man könnte meinen, daß eine Beschleunigung des Kapitalexports auf etwa das Dreifache im vergangenen Jahr die beteiligten Konzerne mit tie-

fer Befriedigung erfüllen müßte. Diese Beteiligten sind die Chemiekonzerne mit 2,1 Milliarden DM, die Automobilbaukonzerne mit 1,4 Milliarden DM, die Elektrotechnik mit 1,4 Milliarden DM und die Eisen- und Stahlindustrie mit einer Milliarde DM der insgesamt 13 Milliarden DM privater Direktanlagen. Aber Zufriedenheit ist nicht die Eigenschaft des Monopolkapitals. Jetzt soll die Sache erst richtig losgehen.

Der BDI-Präsident Berg zum Beispiel ist darüber ungehalten, daß die USA-Monopole in ihren Auslandsunternehmen viermal soviel produzieren, wie der ganze USA-Industriexport ausmacht. Dagegen betrage die Auslandsproduktion westdeutscher Konzerne nur ein Zwölftel des westdeutschen Industriexports. „Diese Diskrepanz muß verringert werden“, meint Berg.

Für den Lohn- oder Gehaltsempfänger ergeben sich natürlich aus dieser Aktivität des Großkapitals im Ausland einige Fragen:

Bisher war doch immer die Rede gewesen von der Gefahr überhöhter Lohnforderungen, die verhinderten, daß die Unternehmen die für ihre Konkurrenzfähigkeit nötigen Investitionen vornehmen könnten. Angeblich sind es immer wieder die Gewerkschaften gewesen, die durch den Lohnkampf nicht nur für die technische Revolution erforderliche Akkumulation verhindert, sondern damit sogar die Wirtschaftskrise ausgelöst hatten! Aber jetzt zeigt sich, daß nach zwei Jahren faktischen Reallohnstopps die Kapitalbesitzer für ihre Profite gar keine Anlage im Inland finden, weshalb sie ins Ausland drängen. Womit also, so fragen sich Arbeiter und Angestellte, will man eigentlich begründen, daß die Löhne nur denkbar mäßig — im Rahmen der „Orientierungsdaten“ — steigen sollen, während die Wirtschaft Kapital exportiert?

Auf diese Frage gab Hermann Josef Abs, Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Bank, in einem längeren Interview mit dem Spiegel (vom 6. 1. 1969) die Antwort. Abs sagte: „Westdeutschland ist die größte Ohnmacht der Welt. Wir sind in unserer Struktur verwundbar.“

Damit meinte er natürlich nicht Westdeutschlands tatsächliche „Ohnmacht“,

die Krise seines Bildungswesens zu überwinden oder die Strukturprobleme des Ruhrgebiets zu lösen. Abs denkt an andere Strukturschwächen: „Ich denke dabei an Fertigungsstätten für dritte Märkte sowie auch an die Gewinnung von Grundstoffen, die wir zu importieren haben, nicht nur um sie billiger zu bekommen, auch nicht aus einem falsch verstandenen Autarkiestreben, sondern in dem Gedanken, daß wir uns dort beteiligen und damit Erkenntnisse gewinnen und entwickeln, etwa im Betrieb einer Kupfergrube, eines Uranbergbaus, einer Ölquelle, die einfach als Ergänzung einer zu verwundbaren Wirtschaftsstruktur, wie Deutschland sie hat, so dringend notwendig sind. Darin sehe ich eigentlich die große Aufgabe des nächsten Jahrzehnts.“

Der blasse Neid packt Abs, wenn er zum Beispiel an die britischen Investitionen im Ausland denkt, „alles Dinge, die an uns in der bescheidenen, fleißigen Werkstatt Deutschland vorbeigegangen sind, mangels Beteiligung an solchen Entwicklungen. Verglichen damit werden wir nicht mehr so reich scheinen, die Werkstatt Bundesrepublik, die nur arbeitet, arbeitet, arbeitet, ohne sich engagiert zu haben, für das achte und neunte Jahrzehnt dieses Jahrhunderts und über die Jahrhundertwende hinaus.“

So soll es also aussehen, das Engagement der Bundesrepublik, das ihr den Weg ins nächste Jahrtausend bereiten soll! Für diese Art der Zukunftssicherung fordert Abs sogar steuerliche Erleichterungen, schlägt die FDP staatliche Prämien in Höhe von 10 Prozent des Anlagewerts vor und hat Schiller auf dem IX. Bankiertag ausdrücklich stärkere staatsmonopolistische Unterstützung zugesagt.

Was diese Politik in Wirklichkeit für die Zukunft der Bundesrepublik bedeutet, liegt auf der Hand. Seit Jahren schon geht das Schlagwort von der technologischen Lücke gegenüber den USA um, das die Tatsache zum Ausdruck bringt, daß wichtige Schlüsselindustrien der technischen Revolution vom deutschen Monopolkapital so hoffnungslos vernachlässigt wurden, daß sie nur noch von USA-Monopolen betrieben werden können. Nicht minder gravierend ist der Rückstand des westdeutschen Bildungs- und Hochschulwesens. Investitionen auf diesen Gebieten aber sind entscheidend für die kommenden Jahrzehnte, nicht der Erwerb von Kupfer- und Urangruben in anderen Erdteilen durch das Monopolkapital.

Den westdeutschen Monopolen und ihren Sprechern Abs und Berg geht es nicht um die Zukunftssicherung für die westdeutsche Wirtschaft (das von Abs zitierte britische Beispiel zeigt, daß Auslandsvermögen Versäumnisse in der heimischen Wirtschaft nicht zu kompensieren vermögen) — es geht ihnen um Profit und Macht. Dr. Tu.

reits im ersten Halbjahr. Nachdem die Tarifbewegung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, bei Bundesbahn und Bundespost bereits abgeschlossen ist, treten bis zur Jahresmitte noch die chemische Industrie, das Bauhauptgewerbe, die Industrie der Steine und Erden, die Kautschukindustrie, die Textil- und Bekleidungsindustrie, die Ernährungsindustrie, das Bank- und Versicherungsgewerbe sowie das Handwerk in die Tarifrunde ein. Verhandlungen in der graphischen Industrie laufen zur Zeit. In der zweiten Jahreshälfte sind es vor allem die Metallindustrie sowie die Eisen- und Stahlindustrie, die von der Lohnbewegung erfaßt werden.

Nach der Überreichung des Forderungskatalogs des DGB an die zuständigen Stellen in Bonn wird es in der Tarifpolitik darauf ankommen, diese eindrucksvoll begründete Position auch in den Verhandlungen mit den Unternehmervereinigungen, notfalls durch Mobilisierung der verfügbaren gewerkschaftlichen Kampfkraft, zu vertreten. Festzustellen ist jedenfalls, daß die ersten Tarifabschlüsse unter den angestrebten 9 Prozent geblieben sind. So darf es in der angelaufenen Lohn- und Gehaltsbewegung nicht weitergehen. Sonst stellen die Gewerkschaften am Ende des Jahres und nach den Bundestagswahlen und vielleicht auch auf dem Gipfel der Konjunktur wieder einmal fest, daß einmalige Chancen verpaßt worden sind und ein weiterer Nachholbedarf entstanden ist. Aber wann soll der aufgestaute Berg berechtigter Forderungen abgetragen werden, wenn nicht jetzt im materiell und psychologisch günstigen Wahl- und Konjunkturjahr? Das nächste Jahr — 1970 — könnte schon wieder eine neue Talsohle ins Blickfeld bringen... Sb.



# Handwerker für Lohnausgleichskasse

## Stellungnahme von Handwerksmeistern zur Lohnfortzahlung Balke will Mittelstand vor Konzerninteressen spannen

Es ist Gewerkschaften und Gesetzgebern gleichermaßen bekannt, daß die vom DGB angestrebte arbeitsrechtliche Regelung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle (bis zu sechs Wochen) für die mittelständischen Betriebe eine große finanzielle Belastung bringen müßte, wenn nicht für die selbständigen Handwerksmeister und Inhaber von Kleinstbetrieben eine solidarische Regelung gefunden würde. Denn es ist ein Unterschied, ob in mittleren und Großbetrieben der Lohn für kranke Arbeiter, deren Arbeit in der Regel von mehreren anderen Kollegen mitgemacht werden muß, weitergezahlt wird oder ob der einzige bzw. einer von ganz wenigen Gesellen und Hilfskräften eines Kleinbetriebes krank wird.

Der Rheinisch-Westfälische Handwerkerbund hat am 21. Januar 1968, die diesbezüglichen Sorgen der Handwerksmeister ausnützend, in Bonn eine Großkundgebung mit 6000 Teilnehmern gegen die Regelung der Lohnfortzahlung durchgeführt. Der Präsident der Bundesvereinigung der westdeutschen Unternehmerverbände, Prof. Balke, persönlich wiegelte die Handwerksmeister gegen die unaufschiebbare Gleichstellung von Angestellten und Arbeitern auf. Indem er den Kundgebungsteilnehmern die gangbare Lösung ihres Problems — die Bildung einer Solidarkasse der Unternehmer — verschwieg, suchte er sie vor den Interessenkarren der Industriellen zu spannen, die an der Aufrechterhaltung von Gegensätzen und Spannungen zwischen Angestellten und Arbeitern interessiert sind.

In diesem Zusammenhang ist die Stellungnahme von 46 Düsseldorfer Handwerksmeistern zur Lohnfortzahlung von Interesse, die ebenfalls im Januar bekannt wurde. Diese Erklärung, die von der Einsicht in die Notwendigkeit des sozialen Fortschritts gekennzeichnet ist und gleichzeitig Vorschläge für die Regelung der Lohnfortzahlung aus der Sicht des Mittelstandes enthält, hat folgenden Wortlaut:

„Die von der Bundesregierung geplante Regelung der Lohnfortzahlung an Arbeiter im Krankheitsfalle bringt für die mittelständischen Betriebe neue schwere Belastungen. Sie trifft besonders die lohn- und arbeitsintensiven Betriebe des Handwerks, die nicht über Rücklagen und Betriebskapital verfügen.

Wir Handwerker sind nicht gegen die soziale Gleichstellung der Arbeiter im Krankheitsfall mit den Angestellten und Beamten. Die Lohnfortzahlung muß aber so erfolgen, daß uns Handwerkern eine vernünftige Existenzgrundlage bleibt. Das ist mit der Regierungsvorlage nicht garantiert. Sie soll vielmehr dem Bund Vorteile bringen und das Gefälle zwischen Großunternehmen und den Klein- und Mittelbetrieben noch mehr vertiefen.

Volle Gerechtigkeit für das Handwerk und für die Arbeiter ist möglich, wenn die Lohnfortzahlung auf folgenden

Grundlagen vom Bundestag beschlossen wird:

■ Es wird eine Solidar- und Lohnausgleichskasse gebildet, in die die Arbeitgeberanteile zur Krankenversicherung der gesamten Wirtschaft gezahlt werden.

■ Die Beitragshöhe wird unter Berücksichtigung der Erträge und Unternehmerrgewinne festgesetzt und entsprechend progressiv gestaffelt.

■ Der Anspruch auf sofortige und volle Rückerstattung der geleisteten Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wird garantiert.

■ Für die Dauer des Krankheitsfalles ruhen die Zahlungen zur Krankenversicherung und die Lohnsteuern.

■ Alle bisherigen Verpflichtungen des Bundes, Defizite bei den Sozialkassen auszugleichen, bleiben unverändert bestehen.

So ist eine arbeitsrechtliche Lösung der Lohnfortzahlung möglich, ohne die Handwerks- und Mittelstandsbetriebe zu belasten und unkalkulierbaren Risiken auszusetzen. Wir halten es für sozial nicht vertretbar, die Lohnfortzahlung mit einer Reform der Krankenversicherung zu koppeln. Die Benachteiligten wären nicht nur die Arbeitnehmer, sondern auch die Selbständigen.“

Diese Erklärung, obgleich sie in den Forderungen noch modifiziert werden sollte, rückt von einer sinnlosen Gegnerschaft gegen die Lohnfortzahlung ab und verdeutlicht Gemeinsamkeiten, die Arbeiter und kleine Gewerbetreibende gegen die erdrückende Vormachtstellung der Industriemonopole haben. Was die Forderungen betrifft, so ist es richtig, daß die unzumutbaren Belastungen, die für Kleinbetriebe entstehen können, solidarisch und je nach Leistungsfähigkeit von der Arbeitgeberseite aufgebracht werden müssen. Aber es kann nicht die Absicht der Handwerker sein, daß bei einer solchen Lösung, wie das aus den Punkten 1, 3 und 4 resultieren würde, die Krankenversicherung finanziell geschwächt würde. Darum kann nur eine solche Umlage auf die Arbeitgeber ihren Zweck erfüllen, die die Krankenversicherungsbeiträge unangetastet läßt. Tr.

## Für Kontakte

Der DGB hat Ende Januar 1969 das Ergebnis einer von ihm veranlaßten Umfrage veröffentlicht, das u. a. interessante Aussagen zu den gewerkschaftlichen Ostkontakten enthält. Danach haben im August 1968 (vor dem Einmarsch in die CSSR) 64 Prozent der Befragten aus der Bevölkerung diese Kontakte für richtig gehalten; im September waren es 63 Prozent. Bemerkenswerter ist das Umfrageergebnis unter Mitgliedern der Gewerkschaften. Hier hielten vor und nach den CSSR-Ereignissen unverändert 80 Prozent die Ostkontakte für richtig, nur 8 Prozent waren dagegen. Die vom DGB gestellte Frage lautete: „Seit einiger Zeit gibt es gegenseitige Besuche von Gewerkschaftsdelegationen aus der Bundesrepublik und den Ostblockstaaten. Halten Sie diese Begegnungen für richtig oder nicht für richtig?“

Daß 80 Prozent der organisierten Arbeitnehmer die Ostkontakte unverändert auch dann für richtig hielten, als der DGB-Bundesvorstand sie bereits unterbrochen hatte, ist praktisch eine glatte Mißbilligung der Haltung des DGB und sollte den Bundesvorstand zu einer unverzüglichen Revision seiner vom Willen der Mitglieder abweichenden Handlungsweise veranlassen. Aber noch etwas wird durch das Umfrageergebnis ans Tageslicht gebracht: daß nämlich die Mitglieder und die Spitzenfunktionäre des DGB offensichtlich unterschiedliche Erwartungen in die Kontakte zu sozialistischen Gewerkschaften setzen.

Bei den einfachen Mitgliedern steht der Wille zu gegenseitigem Kennenlernen, Verständigung und zur Erlangung von Informationen über die sozialistische Wirklichkeit ohne Zweifel im Vordergrund. Sie sahen und sehen darum keinen Grund, diese Ziele aufzugeben und die Kontakte abzubrechen, wenn in den sozialistischen Ländern politische Entscheidungen gefällt werden, die keineswegs die ehrliche Verständigung zwischen Gewerkschaften, aber sehr wohl die Unterminierung der sozialistischen Gesellschaft erschweren. Insofern muß man annehmen, daß jene, die die Kontakte abrupt abbrechen, nicht so sehr die Verständigung als vielmehr die Unterminierung betreiben wollten und sofort das gerade erst geborene „Kontaktkind“ mit dem Bade ausschütteten, als sie am tschechoslowakischen Beispiel erkennen mußten, daß solche Blütenträume nicht aufgehen werden. Anders läßt sich die gegensätzliche Reaktion von Mitgliedern und DGB-Spitze kaum begreifen.

Nachdem in den letzten Monaten einige Gewerkschaftstage und zahlreiche regionale Gewerkschaftskonferenzen die Wiederaufnahme der Kontakte gefordert haben, bleibt zu hoffen, daß der bevorstehende 8. DGB-Kongreß diese Frage endgültig und positiv entscheidet. -ie-



# Noch viele Forderungen offen

## DGB-Pläne für Sozialversicherung blieben in Bonn zum größten Teil unberücksichtigt — eine Bilanz

Der im Mai dieses Jahres in München stattfindende 8. ordentliche Bundeskongreß des DGB wird nicht umhin können, eine kritische Bilanz der gewerkschaftlichen Ergebnisse bei der Verwirklichung von Beschlüssen des 7. DGB-Bundeskongresses und der in dem Aktions- und Grundsatzprogramm formulierten Forderungen und Ziele aufzustellen. Das gilt nicht zuletzt für den Bereich der Sozialversicherung.

In dem Antrag E 104 hat der 7. DGB-Kongreß beschlossen, alle Angestellten in die Versicherungspflicht einzu beziehen, und mit dem Finanzänderungsgesetz von 1967 wurde das ab 1. Januar des vergangenen Jahres auch verwirklicht. Allerdings ist der Grundsatz der Versicherungspflicht für alle Angestellten zugunsten der privaten Versicherungskonzerne dadurch stark durchlöchert worden, als dem höher verdienenden Angestellten die Möglichkeit eingeräumt wurde, sich von der Versicherungspflicht zu befreien. Die vom vergangenen Bundeskongreß befürwortete Ausdehnung der Sozialversicherung auf die Selbständigen, und zwar mit eigenen Versicherungsträgern, auch für die Handwerkerversicherung, ist dagegen nicht verwirklicht worden. Weiterhin belastet also das Defizit der Handwerkerversicherung die Arbeitnehmer.

Im Zuge der Verwirklichung gewerkschaftlicher Forderungen wurden durch die Tätigkeit der Gewerkschaftsvertreter in den Selbstverwaltungsorganen die Gesundheitsmaßnahmen der Rentenversicherungsträger weiter ausgebaut. Auch das war eine Forderung des 7. DGB-Kongresses. Es zeigte sich allerdings, daß in den Jahren der Rezession sehr oft nicht alle gebotenen Möglichkeiten von den Arbeitern und Angestellten genutzt wurden, die aus Furcht vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes eine vom Arzt verordnete Kur nicht in Anspruch nahmen. Auch heute noch versäumen vor allem ältere Arbeiter und Angestellte aus Sorge um ihren Arbeitsplatz, notwendige Kuren durchzuführen. So war die Zahl der bei den Rentenversicherungsträgern eingegangenen Kuranträge um fast 30 Prozent zurückgegangen. Nicht erreicht haben die Gewerkschaften die Erfüllung ihrer Forderung, für die Dauer der Gesundheitsmaßnahmen den Arbeitern und Angestellten Lohn und Gehalt weiterzuzahlen.

In einer weiteren Entschliebung, die vom 7. DGB-Kongreß angenommen wurde, heißt es, es sei unumgänglich, „daß der erarbeitete Lebensstandard der Arbeiter und Angestellten bei vorzeitigem Eintritt einer Erwerbsminderung, bei Erreichung der Altersgrenze und bei Tod des Ernährers der Familie aufrecht erhalten wird“. Dar-

um wandte sich der Kongreß nicht nur gegen die sogenannte Produktivitätsrente, sondern forderte, daß die jährliche Rentenerhöhung auch weiterhin der allgemeinen Lohn- und Gehaltsänderung folgt. „Die Renten“, so hieß es in der Entschliebung, „sind allgemein zu erhöhen; dazu ist die Rentenbemessungsgrundlage stärker an die jeweiligen Löhne und Gehälter anzupassen. Ein Anspruch auf eine allgemeine Grundsicherung (Mindestrente) ist vorzusehen.“

Zum gleichen Thema fordert das DGB-Aktionsprogramm bekanntlich, daß die Altersrente mindestens drei Viertel des erreichten Arbeitseinkommens betragen soll. Damit würde die Altersversorgung der Arbeiter und Angestellten der Altersversorgung der Beamten angeglichen, die nach 35 Dienstjahren eine Pension in Höhe von 75 Prozent ihrer Dienstbezüge erhalten. Noch zu den Sozialwahlen im vergangenen Jahr hatte der DGB nochmals eine „beamtenähnliche“ Altersversorgung für alle Angestellten gefordert.

Zur Verwirklichung dieser Forderungen ist seit dem 7. DGB-Kongreß aber nichts geschehen. Lediglich für die im öffentlichen Dienst tätigen Arbeiter und Angestellten konnte die OTV durch eine Aufstockung der Zusatzversorgung eine Angleichung an die Beamtenversorgung erreichen. Allerdings war das mit einer Beitragserhöhung verbunden. Die Sozialrenten für Arbeiter und Angestellte außerhalb des OTV-Bereiches wurden allgemein nicht erhöht. Es gibt auch keine Mindestgrenze. Wie unzureichend jedoch die Höhe der meisten Renten geblieben ist, geht aus dem Sozialbericht 1968 (sh. „Nachrichten“ Nr. 11/68) hervor. Nur 12 Prozent aller Renten der Arbeiter- und Angestelltenversicherung betragen 550 DM und mehr im Monat. 24,2 Prozent liegen sogar monatlich unter 150 DM. Nach einer Erklärung des Bundesarbeitsministers Katzer sollen auch in diesem Jahr die Sozialrenten nach einem, wie es so schön heißt, erfüllten Arbeiterleben im Durchschnitt nur 47,6 Prozent des Arbeitsverdienstes erreichen. Und von diesen unzulänglichen Renten wird auch noch der Krankenversicherungsbeitrag abgezogen.

„Der Zuschuß des Bundes an die Rentenversicherung, der zur Zeit nur noch rund 18 Prozent der Gesamtausgaben beträgt, ist künftig auf 33,3 Prozent der jährlichen Gesamtausgaben festzusetzen“, das verlangte der 7. DGB-Kongreß. Wäre diese Forderung erfüllt, gäbe es weder ein Defizit in der Rentenversicherung noch müßte man sich Sorge machen wegen des „Rentenberges“. Doch die Regierung der Großen Koalition hat mit dem Finanzänderungsgesetz 1967 die Bundeszuschüsse zur Rentenversicherung weiter gekürzt, die Beitragssätze für die Arbeiter und Angestellten aber erhöht. Lediglich der Forderung des 7. DGB-Kongresses, den bisher zehnjährigen Deckungsabschnitt in den Rentenversicherung zu verkürzen und die Rücklagen auf eine halbe Jahresausgabe zu begrenzen, soll in etwa mit dem dritten Rentenversicherungs-Änderungsgesetz entsprochen werden.

Der DGB-Kongreß forderte jedoch weiter, die Vorschriften über die Anlage dieser Rücklagen so zu ändern, daß diese Vermögensanlage „vorrangig der unmittelbaren Verbesserung der sozialen und gesundheitlichen Situation der Arbeitnehmer und ihrer Familien“ dienen kann. Mit der Inanspruchnahme dieser Mittel zum Ausgleich des Rüstungshaushaltes der Kiesinger/Brandt-Regierung und den Bestimmungen des Stabilisierungsgesetzes ist aber genau das Gegenteil geschehen.

Mit dem Stabilisierungsgesetz ist auch ein weiterer Eingriff in die Selbstverwaltung erfolgt, die mit dem Arbeitsförderungsgesetz für die Arbeitslosenversicherung beschnitten wird, während der DGB in seinem Grundsatzprogramm die volle Selbstverwaltung der Arbeitnehmer in der Sozialversicherung — und zwar ohne Beteiligung der Arbeitgeber — fordert.

Die stufenweise Herabsetzung der allgemeinen Altersgrenze und eine vorzeitige Rente für Arbeitnehmer, die eine gesundheitsgefährdende Tätigkeit ausüben oder wegen ihres Alters keine angemessene Arbeit mehr finden, ist eine weitere Forderung des Aktionsprogramms. Gerade dieses Verlangen des DGB hat für eine relativ hohe Zahl älterer Arbeitnehmer aktuelle Bedeutung. Weder die bisherigen CDU/CSU-Regierungen noch das Kiesinger-Kabinet der Großen Koalition haben auch nur die geringsten Schritte zur Verwirklichung dieser gewerkschaftlichen Forderung getan.

Die Bilanz der Entwicklung auf dem Gebiet der Rentenversicherung ist seit dem 7. DGB-Kongreß für die Arbeitnehmer wenig erfreulich. Den Delegierten des 8. DGB-Kongresses obliegt es nun, daraus die notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen. A. B.



# Luftrüstung und Luftfahrtindustrie

## Kampf der Rüstungsgiganten um Vormacht und Profit Bonn hat offensive Pläne — DGB-Alternativen notwendig

Drei Projekte lenkten Ende 1968 die öffentliche Aufmerksamkeit auf Luftrüstung und Luftfahrtindustrie: 1. die Entwicklung eines „Neuen Kampfflugzeugs“ (NKF) für die 70er Jahre; 2. die Beschaffung von Phantom-Kampfflugzeugen und der Nachbau von Starfightern; 3. die westeuropäische Gemeinschaftsentwicklung eines Kurzstrecken - Großraum - Passagierflugzeugs, des sogenannten „Airbus“. Diese Projekte werfen die Frage nach der Struktur, dem Entwicklungsstand und der Entwicklungsperspektive der westdeutschen Luft- und Raumfahrtindustrie auf. Sie lassen uns zugleich danach fragen, wie für diesen Bereich eine Politik im Interesse des Friedens, der Demokratie und der sozialen Bedürfnisse der Beschäftigten auszusehen hätte.

Beim Neuen Kampfflugzeug (NKF) geht es um eine westdeutsch-britisch-italienisch-niederländische Gemeinschaftsentwicklung, die in der Bundesrepublik der Nachfolge sowohl des Jagdflugzeugs Fiat G 91 wie des Kampfflugzeugs F 104 G Starfighter dienen soll. Ursprünglich war in Bonn an ein Projekt in alleiniger westdeutscher Regie gedacht. Das NKF soll ein sehr vielseitiges Flugzeug werden, das auch nukleare Sprengkörper tragen kann. Insgesamt ist eine Produktion von 1000 Flugzeugen vorgesehen, von denen die Bundesrepublik 500 bis 600, Großbritannien 200—250, Italien 100 bis 150 und die Niederlande höchstens 100 abnehmen wollen. Schwierigkeiten ergeben sich schon daraus, daß die Bundeswehr das Kampfflugzeug schon ab 1975 haben will, während Großbritannien es erst 1977/78 benötigt.

Die bisherige Geschichte des NKF ist ein beredtes Beispiel für das Wesen internationaler staatsmonopolistischer Wirtschaftsbeziehungen. Kaum nahm das Projekt erste Gestalt an, begann zwischen westdeutschen und britischen Luftfahrtunternehmen und Regierungsstellen ein heftiges Tauziehen um die Federführung bei Projektierung und Management sowie um die Produktionsanteile. Die britische Seite verschärfte zuletzt dieses Ringen noch dadurch, daß sie die Beteiligung an einem weiteren „Gemeinschaftsprojekt“ von der Projektführung beim Neuen Kampfflugzeug abhängig machen wollte.

Dieses weitere Projekt ist der Airbus, das zweitgrößte Zivilprogramm der westeuropäischen Luftfahrt und zugleich das erste größere Passagierflugzeug, an dessen Entwicklung die Bundesrepublik beteiligt ist. Sollten die Verhandlungen darüber, die sich bereits lange hinziehen, nicht rasch abgeschlossen werden können, droht auch hier wieder die US-Luftfahrtindustrie das Rennen und das Geschäft zu machen. Britische Luftfahrtunternehmen sicherten sich bereits die Triebwerkherstellung und ebenso wie die französische Firma Sud-Aviation einen Entwicklungsanteil von 37,5 Prozent, während auf die Deutsche Airbusgesellschaft 25 Prozent entfallen.

Am dramatischsten gestaltete sich das Tauziehen um die Schließung der so-

genannten „Aufklärungslücke“ der Bundesluftwaffe. Gegen den erbitterten Widerstand der westdeutschen Luftfahrtindustriellen und ihrer Lobby im Bundestag entschied sich der Verteidigungs- wie der Haushaltsausschuß des Parlaments mit Mehrheit für die Anschaffung des für die Bundeswehr gänzlich neuen Waffensystems Phantom RF 4 E. Die Vorsitzenden der Regierungsparteien, der Kreßbronner Regierungskreis und die Fraktionsvorstände der Regierungsparteien setzten ihre ganze Autorität ein, um den widerstrebenden Parlamentariern diese Entscheidung abzurufen. Auch der Verteidigungsminister und die Luftwaffenführung drängten darauf.

Alle Anzeichen lassen erkennen, daß es sich um eine Entscheidung handelte, bei der übergeordnete politische Überlegungen den Ausschlag gaben. Man versicherte sich mit diesem Auftrag an die US-Luftfahrtindustrie der weiteren Präsenz amerikanischer Streitkräfte der bisherigen Größenordnung in der Bundesrepublik. Es ist kein Geheimnis, daß die US-Regierung weitere „Garantien“ für die Bundesrepublik und West-Berlin an eine befriedigende Lösung des Devisenproblems bindet. Mit der Phantom-Bestellung wird die Devisenbilanz der USA um einen Milliardenbetrag entlastet. Dafür nahm man in Bonn eine mangelhafte Absicherung vergleichsweise schmaler Kompensationskäufe der Amerikaner ebenso in Kauf wie eine Irreführung der Abgeordneten über die Qualität und Modernität der Radarausrüstung des Kampfaufklärers. Starke amerikanische Präsenz in der Bundesrepublik und amerikanische Garantie für West-Berlin sind eben Bonner Fetische.

Dabei nahm man auch solche Nachteile eines neuen Waffensystems wie hohe Nebenkosten und hohe Verlustraten in Kauf; diese betragen laut Oktoberheft von „Wehr und Wirtschaft“ „im ersten Einsatzjahr 10 Prozent; im späteren jährlichen Einsatzdurchschnitt 5 Prozent; nach 5 Jahren mindestens 2 Prozent“. Die Zeitschrift macht weiter darauf aufmerksam: „Die Beschaffung von 88 Phantomaufklärern präjudiziert unabdingbar einen Gesamtauftrag von rund 115 bis 120 Flugzeugen dieser Art für die Luftwaffe. Daß damit in absehbarer Zeit

das Beschaffungstor für weitere 80 F4E für die Marineflieger weit aufgerissen ist, versteht sich am Rande. Der Bund hat sich damit nicht — wie bisher stets verlautete — einem Volumen von 2,6 Milliarden, sondern von mindestens 4 Milliarden DM zu verpflichten.“ Und das, wohlgemerkt, ohne Kosten für Unterhalt und Ersatzteile, mit denen eine Gesamtsumme von mindestens 7 Milliarden DM erreicht wird.

Zum Trost darf die westdeutsche Luftfahrtindustrie 50 Starfighter nachbauen. Womit freilich nicht gesagt sein soll, daß die Luftfahrtindustrie unseres Landes „notleidend“ sei, jedenfalls nicht deren Anteilseigner. Deren und ihrer Lobbyisten entsprechende Klagen haben sich noch immer als Zweckpessimismus erwiesen, dazu bestimmt, der Öffentlichkeit hohe staatliche Investitionen bzw. Subventionen schmackhaft zu machen oder wenigstens plausibel erscheinen zu lassen. Das gilt insbesondere für die allgemeine Rezessionsphase 1966/67. Schwierigkeiten — wie die von 1966 — betrafen ausschließlich die Arbeiter, Techniker und Konstrukteure des Industriezweigs, von denen im Herbst 1966 mehr als tausend entlassen wurden, ohne daß damals davon viel Aufhebens gemacht wurde.

Insgesamt stieg die Zahl der in der Luft- und Raumfahrtindustrie Beschäftigten von 12 000 im Jahre 1959 über 20 000 im Jahre 1960, 32 000 im Jahre 1962, 36 800 Ende 1965 auf 38 000 Mitte 1967 und 45 000 Mitte 1968. In den letzten 1½ Jahren kam es also erneut zu einer erheblichen Ausweitung der Beschäftigtenzahl.

Der Umsatz dieses Industriezweiges wuchs währenddessen von etwa einer halben Milliarde DM 1960 auf über 1,6 Mrd. DM im Jahre 1967, unter Berücksichtigung der Entwicklung und Produktion technischer Flugzeugausrüstung sogar auf 1,75 Mrd. Noch stärker sind die Gewinne gestiegen.

In der letzten großen Bundestagsdebatte über die Lage der Luft- und Raumfahrtindustrie am 10. November 1967 wurden von Regierungsseite als Gründe für die „kritische Lage“ der Luftfahrtindustrie genannt:

- Die „unzulängliche Struktur“ der Luftfahrtindustrie, d. h. „die Zersplitterung der Entwicklungs-, Forschungs- und Produktionskapazitäten“;
- die „mangelnde Kapitalkraft“;
- die „Diskontinuität der Auftragserteilung“, d. h. das Fehlen eines mittelfristigen oder längerfristigen Bedarfsprogramms;
- die „mangelnde Verbindung zwischen Wissenschaft und Forschung auf der einen Seite und der Industrie auf der anderen Seite“;
- die „überholte Führungsstruktur“ bei der Bundesregierung, d. h. die staatliche Kompetenzzersplitterung.



Richtig daran ist, daß die westdeutschen Unternehmen auch nach den jüngsten Zusammenschlüssen klein sind gegenüber den französischen und britischen, erst recht aber den amerikanischen Konzernen der Luftfahrtbranche.

**Richtig ist weiter, daß das private Kapitalpolster der westdeutschen Luftfahrtindustrie dünn ist. Das Eigenkapital der Luftfahrtindustriellen dürfte 150 Millionen DM kaum übersteigen. Der Staat ist zu 90 Prozent nicht nur Auftrag-, sondern auch Geldgeber.**

Die erforderlichen Innovationskosten (Erneuerungskosten) können in der Periode der technisch-wissenschaftlichen Revolution in den technologisch führenden Wirtschaftsbereichen generell auch von den größten kapitalistischen Konzernen nicht mehr allein aufgebracht werden, am wenigsten in der Luft- und Raumfahrtindustrie mit ihren hohen Forschungs- und Entwicklungskosten.

Richtig ist schließlich, daß die Fertigungskapazitäten der Luftfahrtindustrie sehr ungleichmäßig ausgelastet sind, sowohl regional wie zeitlich. Nach den Worten des bayerischen Ministerpräsidenten Goppel ist zur Zeit die süddeutsche Luftfahrtindustrie nur zu 55 Prozent, die norddeutsche dagegen zu 110 Prozent ausgelastet.

Aus diesen Tatsachen leitet die Bundesregierung die Konsequenz ab, die staatliche Planungs- und Steuerungstätigkeit in diesem Bereich zu verstärken. Der staatliche Lenkungsapparat soll zu dem Zweck weiter ausgebaut und integriert werden. Zur Orientierung der Luftfahrtindustriellen wurde eine mittelfristige Bedarfsplanung aufgestellt. Die Forschung und Entwicklung soll zweckgerichteter angelegt, der ganze Industriezweig monopolisiert werden.

Seit Anfang 1967 besteht unter der Federführung des Bundeswirtschaftsministers ein interministerieller „Koordinierungsausschuß Luft- und Raumfahrtindustrie“ aus Abteilungsleitern des Bundeswirtschaftsministeriums, des Bundesministeriums für Verteidigung, des Bundesforschungsministeriums und des Bundesverkehrsministeriums.

Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung hat mit Wirkung vom 1. Januar 1968 vom Bundesverkehrsministerium die Kompetenz auch für die Luftfahrtforschung, d. h. alle Flugforschungsanstalten, übernommen, nachdem es bisher nur für die Raumfahrtforschung zuständig war. Diese Institute, die bisher unter dem Dach der „Deutschen Gesellschaft für Flugwissenschaften“ arbeiteten, insbesondere die „Gesellschaft für Luft- und Raumfahrtindustrie“ und die „Deutsche Gesellschaft für Raketentechnik und Raumfahrt“, werden zu einer Einheitsgesellschaft zusammengefaßt.

Darüber hinaus wünscht die SPD eine „Entwicklungs- und Forschungsgesellschaft für Luft- und Raumfahrttechnik GmbH“, die geführt werden soll „in

Form einer gemeinsamen Betriebsführungsgesellschaft . . . , deren Gesellschafter die einzelnen deutschen Firmen und der Bund sind“ und die eng mit dem interministeriellen Lenkungsausschuß der Bundesregierung zusammenarbeiten soll. „Als Geschäftsführung“, erläuterte der SPD-Abgeordnete Junghans im November 1967 im Bundestag, „stellen wir uns ein fähiges und unternehmerisches Management vor“. Der Gesellschaft soll nach Auffassung der SPD das gesamte Forschungs- und Entwicklungspotential unterstehen und sie soll alle entsprechenden Aufträge erteilen.

Die Bundesregierung stellte auch bereits ein Fünfjahresprogramm für die Teilbereiche militärische Entwicklung und Beschaffung, ziviler Flugzeugbau und Raumfahrttechnik auf. Die Subventionierung des zivilen Flugzeugbaus soll von 42 Mill. DM 1967 auf je 110 Mill. 1970 und 1971 steigen. Der Weltraumforschung sollen 1971 431 Mill. gegenüber 273 Mill. im Jahre 1967 zufließen. Das dominierende militärische Programm, das sich in ein „wehrtechnisches Entwicklungsprogramm“ gliedert, sieht für 1971 etwa 2,13 Mrd. DM gegenüber 1,25 Mrd. im Jahre 1967 vor.

**Immer nachdrücklicher drängt die Bundesregierung auf eine Konzentration der westdeutschen Luft- und Raumfahrtindustrie.** Mehrmals erklärten die Minister Schiller und Strauß, der Staat werde mit den Mitteln, die ihm als Auftrag- und Geldgeber der Luftfahrtindustrie zur Verfügung stehen, eine Fusionierung notfalls erzwingen.

Deutlich zeichnet sich eine Konzentration des Industriezweigs zunächst auf zwei Gruppen in Nord- und Süddeutschland ab. Der Zusammenschluß von Bölkow und Messerschmitt wurde mit massiver finanzieller Unterstützung des bayerischen Staates Anfang November 1968 vollzogen, nicht ohne daß Bonn mit der handfesten Drohung nachgeholfen hatte, die süddeutschen Firmen müßten andernfalls auf die Federführung des westdeutschen Anteils am Neuen Kampfflugzeug verzichten. Fast zur gleichen Zeit übernahm Daimler-Benz, das größte der am Triebwerkbau beteiligten westdeutschen Unternehmen, die Heinkel-AG, die damals noch 850 Arbeitnehmer beschäftigte.

**Die Maßnahmen der Bundesregierung entsprechen exakt den langjährigen Forderungen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, wie sie etwa in dessen „Memorandum über die Gesamtindustrielle Bedeutung der Luft- und Raumfahrttechnik“ aus dem Jahre 1966 erhoben wurden. Sie führen dazu, mit Steuergeldern die bestehenden militärischen Kapazitätsstrukturen und die privaten Eigentumsverhältnisse zu erhalten und die Profite der beteiligten Industriellen zu maximieren.**

Es erweist sich, daß einer Konzeption für die Luftfahrtindustrie im Sinne der Friedenserhaltung, der Demokratie

und der sozialen Interessen der Beschäftigten vor allem vier Dinge entgegenstehen:

1. Die bedingungslose Option für eine starke militärische US-amerikanische Präsenz in der Bundesrepublik, die Bonn immer wieder amerikanischen wirtschaftlichen Erpressungsmanövern aussetzt.

2. Die Beibehaltung einer Offensivstrategie mit nuklearen Trägerwaffen durch die Bundeswehr, die den Zwang zu teuren Rüstungsimporten noch vergrößert und, soweit es den militärischen Sektor der westdeutschen Luftfahrtindustrie betrifft, eine gleichmäßige Auslastung erschwert.

3. Die einseitig militärische Kapazitätsstruktur der westdeutschen Luft- und Raumfahrtindustrie. — Sie ist die unmittelbare Hauptursache der Diskontinuität der Auftragslage und der Unsicherheit der Arbeitsplätze in der Luftfahrtindustrie und steht einer Defensiv- und Abrüstungskonzeption insofern im Wege, als sie ständig neue umfassende Luftrüstungsprojekte provoziert. Militärische Projekte sind viel unsicherer als zivile und werden viel leichter von der Entwicklung überholt. Bei der Größenordnung der westdeutschen Luftfahrtindustrie würden aber schon wenige zuverlässige Projekte alle Beschäftigungsprobleme auf lange Zeit beseitigen. Zudem besteht ein stark wachsender Bedarf an zivilem Fluggerät. Die jährliche Zuwachsrate beträgt derzeit mindestens 12 Prozent für Personenbeförderung und 20 bis 30 Prozent für Frachttransport.

4. Die privatkapitalistischen Eigentumsverhältnisse sowie die Tatsache, daß sich erhebliche Kapitalanteile in Händen ausländischer Konzerne befinden. — Egoistische Profit- und Machtinteressen behindern einheitliche Planungen und Umstellungen, die Schaffung einer rationell arbeitenden Einheitsgesellschaft sowie großzügige soziale Lösungen für die Beschäftigten.

Die demokratische Opposition, nicht zuletzt aber auch die Gewerkschaften, sollten der Konzeption der Großkonzerne, der Bundeswehrführung und der Bundesregierung daher folgende konstruktiven Forderungen entgegensetzen und um deren Durchsetzung ringen:

■ Umstellung der offensiven Luftrüstung auf eine Verteidigungskonzeption. Abschaffung der atomaren Trägerwaffen;

■ Umstellung der Luft- und Raumfahrtindustrie auf überwiegend zivile Forschung, Entwicklung und Produktion;

■ Zusammenfassung der Luft- und Raumfahrtindustrie und ihre Überführung in Gemeineigentum;

■ Mitbestimmung der Beschäftigten über Produktion, Verwendungszweck der Forschungs- und Entwicklungsgelder sowie der erwirtschafteten Gewinne.

Dr. Hanns-Jochen Hauß



# Privatisierung muß gestoppt werden!

**CDU will weiteres Bundesvermögen veräußern  
Keine „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“**

Soll mit der erweiterten Privatisierung von Bundesunternehmen die Verschleuderung von Volksvermögen und die Machtzusammenballung in Unternehmerhand weitergehen? Diese Frage drängt sich auf, nachdem sich Bundesschatzminister Schmücker für eine Fortsetzung der Privatisierung von industriellem Bundesvermögen ausgesprochen hat.

Als formalen Grund für neue Privatisierungsmaßnahmen nannte Bundesminister Schmücker die Vermögensbildung. Die Bundesregierung könne mit Befriedigung feststellen, so behauptete Schmücker, daß ihr mit den drei Volksaktien Preussag, VW und VEBA die „Initialzündung zur Eigentumsbildung für jeden“ gelungen sei. „Darum sollte auch weiterhin Eigentum der öffentlichen Hand, das sich für eine breite Streuung eignet, privatisiert werden.“

Woher der Bundesschatzminister den Mut zu der Behauptung nimmt, Bonns Politik der Privatisierung habe zu einer „breiten Vermögensbildung“ geführt, bleibt schleierhaft. Tatsache ist doch, daß sich jeder zweite Erstzeichner von „Volksaktien“ inzwischen von seinen Wertpapieren wieder getrennt hat. Dieses bemerkenswerte Eingeständnis verdankt die Öffentlichkeit keinem Geringeren als dem CDU-Bundestagsabgeordneten Fritz Burgbacher, der in den Unionsparteien als Experte für Vermögenspolitik gilt. Im einzelnen teilte Burgbacher mit, von den 216 000 Erstzeichnern der Preussag-Aktie hielten nur noch 100 000 dieses Wertpapier, von den 1,6 Millionen VW-Aktionären nur noch 700 000 und von den 2,6 Millionen VEBA-Erstzeichnern nur noch 1,6 Millionen.

Daß es keine Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand gibt, unterstrich auch der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Figgen mit der Feststellung, von den 1600 Milliarden DM Volksvermögen in der Bundesrepublik befänden sich — die Einrichtungen der Haushalte eingeschlossen — nur 17 Prozent im Besitz von Arbeitnehmern. „Sag mir noch einer, das sei gerecht, wenn nur 17 Prozent des Vermögens in den Händen von 83 Prozent der Bevölkerung liegen.“

Obwohl Bonns Politik einer „breiten Eigentumsbildung“ bereits in ihren Ansätzen ohne Erfolg geblieben ist und auch künftig scheitern muß, weil sie sich nach den Worten von Bundesminister Schmücker ausschließlich an der „mittleren Vermögensbildung“ bestimmter Bevölkerungsschichten orientiert, gedenkt auch die Regierung Kiesinger/Strauß/Brandt den von den Unionsparteien eingeschlagenen Weg der Privatisierung von industriellem Bundesvermögen fortzusetzen. Dabei steht als nächstes Objekt auf der Bonner Privatisierungsliste die Vereinigte Industrieunternehmen AG (VIAG).

Diese Holding-Gesellschaft mit einem Grundkapital von 254 Millionen DM, in der elektrizitätswirtschaftliche und elektro-chemische Beteiligungen des Bundes zusammengefaßt sind, braucht nach der Auffassung von Minister Schmücker nur noch eine Phase zur Verbesserung der Unternehmensstruktur und zur Anpassung an die verschärften nationalen und internationalen Wettbewerbsverhältnisse. „Danach wird über die Privatisierung gesprochen werden können.“

Überhaupt gilt für Bonn bei Privatisierungsmaßnahmen — wie Minister Schmücker enthüllte — der Grundsatz, die betreffenden Unternehmen „erst einmal zu wettbewerbsstarken Einheiten zusammenzufassen und Modernisierung und Rationalisierung voranzutreiben“. Mit anderen Worten: Bevor die Bundesunternehmen privatisiert werden, sollen sie auf Kosten von Steuerzahlern und Belegschaften modernisiert und höchst rentabel gemacht werden. Auch das ist ein Bestandteil der Bonner Politik, die Besitzer von Vermögen auf jede nur erdenkliche Weise zu begünstigen.

Des weiteren plant die Bundesregierung, das gesamte Vermögen der öffentlichen Hand einem Privatisierungsprozeß zu unterwerfen. Wie Schmücker erklärte, sei es „eine dankenswerte Aufgabe“, das allgemeine Interesse auch auf die Länder, Gemeinden und Kreise zu lenken, die beträchtliche Beteiligungen in der Versorgungswirtschaft, an den Verkehrs- und Wohnungsunternehmen sowie an Kreditinstituten besäßen. Hier könnte „die Initiative zu weiteren Privatisierungsmaßnahmen“ ergriffen werden.

Sollte die Bundesregierung diesen Plan wahrnehmen, so würde sich die öffentliche Hand durch die Preisgabe ihrer Unternehmen der Möglichkeit berauben, in so entscheidenden Bereichen wie der Kohle-, Erdöl-, Elektrizitäts-, Gas-, Chemie-, Metall-, Wohnungs- und Kreditwirtschaft den Profitinteressen des Monopol- und Bankkapitals entgegenzuwirken, was sich besonders bei der Preisgestaltung bemerkbar machen müßte. Ganz abgesehen davon, daß eine umfassende Privatisierung des Besitzes der öffentlichen Hand die Macht der Konzerne noch weiter wachsen lassen würde.

Diese Entwicklung berührt die Gewerkschaften unmittelbar. Im DGB-Grundsatzprogramm verlangen sie aus guten Gründen die Ausweitung des gemein-

wirtschaftlichen Sektors, die Überführung von Schlüsselindustrien und marktbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum. Die von dem CDU-Schatzminister und seiner Partei angestrebte Privatisierung muß darum von den Gewerkschaften entschieden, und zwar unter Einbeziehung der Belegschaften der betroffenen Unternehmen, bekämpft werden. —ner

## PERSONALIEN

**Dr. Heinz Markmann**, bisheriger Vorstandssekretär der Abteilung Wirtschaftspolitik im DGB, ist seit Jahresbeginn neuer Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften (WWI). Dr. Markmann ist 42 Jahre alt und löst den aus Altersgründen ausgeschiedenen langjährigen Leiter des WWI, Prof. Dr. Bruno Gleitze, ab.

**Franz Olah**, ehemaliger Vorsitzender des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, teilte Ende Januar in Wien in einem gegen ihn geführten Prozeß mit, amerikanische Dienststellen hätten 1950 dem OGB 1,2 bis 1,5 Millionen Mark zur Bekämpfung des Kommunismus zur Verfügung gestellt. Olah war auch einige Zeit für die Sozialdemokratische Partei Österreichs Innenminister im Wiener Kabinett.

**Albert Preuss**, einer der Mitbegründer des Deutschen Gewerkschaftsbundes, ist am 9. Januar 65 Jahre alt geworden. Preuss war der erste Vertreter des DGB im Internationalen Bund Freier Gewerkschaften. Heute ist er Präsident des „Deutschen Sozialwerks in Frankreich“.

**Georg Reuter**, ehemaliger stellvertretender Vorsitzender des DGB, ist am 28. Januar 1969 im Alter von 66 Jahren plötzlich gestorben. Reuter hatte seine hohe Funktion im DGB von 1949 bis 1959 ausgeübt.

**Wilhelm Rothe**, bisher Bundesangestelltensekretär beim DGB-Bundeschvorstand, ist als Nachfolger von Ludwig Linsert auf der Landesbezirksdelegiertenkonferenz Bayern des DGB zum neuen Vorsitzenden des Landesbezirks gewählt worden.

**Theo Schoofs**, Funktionär der Deutschen Kommunistischen Partei, ist zum neuen Vorsitzenden der IG Bau-Steine-Erden im Kreis Augsburg gewählt worden. Die Kreisorganisation Augsburg der IG Bau hat rund 7000 Mitglieder.

**Rudolf Sperner**, Vorsitzender der IG Bau-Steine-Erden, wurde am 15. Januar 50 Jahre alt. Sperner ist seit 20 Jahren hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär und war von 1963 bis 1966 zweiter Vorsitzender der IG Bau. Als Georg Leber den Vorsitz in der Gewerkschaft aufgab, um Verkehrsminister zu werden, rückte Sperner zum Ersten Vorsitzenden auf.



## Brief aus London

### Labour will Gewerkschaften an die Kette legen

Nachdem schon seit über einem Jahr der von der regierenden Labour Party durchgesetzte Lohnstopp die britischen Gewerkschaften zu heftiger Opposition gegen die Regierung Wilson herausfordert, wollen die Sozialdemokraten Großbritanniens nun noch einen Schritt weitergehen. In einem von der Regierung am 17. Januar 1969 veröffentlichten Weißbuch werden Vorschläge zur Neuregelung der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften gemacht, die besonders bei den Gewerkschaften auf scharfe Ablehnung stoßen.

Das Weißbuch, das entsprechende Gesetzesvorhaben der Regierung ankündigt, fordert u. a. eine erhebliche Erschwerung von Streiks. Bei Streiks, die nicht von den Gewerkschaften getragen werden und darum als „wild“ gelten, soll eine sogenannte „Abkühlungsfrist“ von 28 Tagen nach dem Prinzip des amerikanischen Taft-Hartley-Gesetzes vorgeschaltet werden. Aber auch die offiziellen Streiks der Gewerkschaften sollen nicht mehr kurzfristig, sondern nur noch nach Vorbereitung und Durchführung einer Urabstimmung angesetzt werden können. Bei Verstößen gegen die Streikbestimmungen sind Geldstrafen vorgesehen.

Die Regierung beabsichtigt, eine „Kommission“ zu bilden, die sich speziell mit der Überwachung der Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmern befassen, aber auch zu Sanktionen berechtigt sein soll. Der damit verbundene Eingriff in die tarifliche Autonomie wird von den Gewerkschaften zurückgewiesen. So soll die Kommission das Recht haben, sich in Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Gewerkschaften einzuschalten, wenn nach ihrer Auffassung der Dachverband der Gewerkschaften, der TUC, nicht in der Lage ist, Streitigkeiten zu schlichten. Sie wird auch beurteilen, ob einem Streikbeginn „ausreichende“ Verhandlungen vorausgegangen sind, andernfalls nicht gestreikt werden darf bzw. Strafen verhängt werden.

Für diese und andere Beschränkungen traditioneller Rechte der Arbeitnehmer und Gewerkschaften wird als Köder der Anspruch auf gewisse „innerbetriebliche Informationen“ angeboten, zu denen die Arbeitgeber verpflichtet werden sollen. An Mitbestimmungsrechte — und seien sie noch so minimal — ist jedoch in den Labour-Plänen nicht gedacht. Ausdrücklich wird auch wieder die Forderung von Gewerkschaften und Unternehmervor-

bänden abgelehnt, die zwischen beiden Seiten getroffenen Vereinbarungen über die Arbeitsbeziehungen (in Deutschland Tarifverträge) rechtlich durchsetzbar zu machen. Während Labour also darangeht, gewisse Anfänge eines in Großbritannien so gut wie unterentwickelten Tarifrechts zu entwickeln, sind es ausgerechnet negative Schritte; zugleich bleiben positive Forderungen unberücksichtigt.

Es ist bei der von Labour verfolgten Politik, die angeblich der Konsolidierung der Wirtschaft dienen soll und diese darum einseitig begünstigt, nicht verwunderlich, daß das politische Stimmungsbild für die Wilson-Regierung in der Masse der Bevölkerung ständig sinkt. Eine im Auftrage der „Times“ Mitte Januar in 60 Wahlkreisen erfolgte Meinungsanalyse hat ergeben, daß die Labour Party bei einer jetzt stattfindenden Unterhauswahl 200 Mandate und damit die Mehrheit verlieren würde; die Konservativen würden nach dieser Hochrechnung eine Mehrheit von 300 Abgeordneten im Parlament bekommen. Das ist für Labour ein geradezu vernichtender Zwischenbericht.

A. J. Wood

### Nixon kein Freund der Gewerkschaften

Noch weniger als sein Vorgänger Johnson gilt der neue USA-Präsident Richard Nixon als ein Freund der Gewerkschaften. Das Gegenteil ist der Fall, und die Unternehmer in der gesamten kapitalistischen Welt nehmen das erfreut zur Kenntnis. So berichtet z. B. der USA-Korrespondent des „Kurz-Nachrichten-Dienstes“ der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Braun, in Nr. 6 vom 22. 1. 1969 über den sozialpolitischen Kurs der neuen Regierung u. a.:

„Obwohl der neue Republikanische Präsident seine Kabinettsmitglieder angewiesen hat, vor der Amtsübernahme am 20. Januar keine bindenden Erklärungen über den zukünftigen Kurs der Regierung abzugeben, und sich auch selbst nicht über geplante spezielle Maßnahmen geäußert hat, kann man sich doch schon ein allgemeines Bild von den sozialpolitischen Absichten des neuen Regimes machen. Das Klima wird etwas konservativer sein als bisher. Als ein Anhänger der freien Marktwirtschaft hat Mr. Nixon es klargemacht, daß er plant, das private Unternehmertum in größerem Umfang zur Lösung von wirtschaftlichen und sozialen Problemen, wie Förderung der Berufsausbildung, Erneuerung der Städte und Eindämmung der Arbeitslosigkeit und Armut heranzuziehen.“

Er beabsichtigt, private Organisationen durch Steuererleichterungen und andere Lockmittel zu ermutigen, die

Durchführung geeigneter Programme des Bundes zu übernehmen. Das dürfte weniger kostspielig sein als massive Regierungsaktionen. Außerdem steht zu erwarten, daß erfahrene Geschäftsleute solche Programme wirksamer handhaben werden als Regierungsbeamte.

Die Gewerkschaftsspitze kann nicht damit rechnen, daß sie denselben Einfluß auf die Besetzung hoher Positionen im Arbeitsministerium und anderen einschlägigen Ämtern haben wird, wie es in den letzten Jahren der Fall war. Auch ist es unwahrscheinlich, daß die Regierung den Gewerkschaften in Arbeitskämpfen Rückendeckung geben wird.“

Aus dieser Einschätzung der Sozialpolitik Nixons geht klar hervor, daß der neue USA-Präsident die Initiative der Geschäftsleute und die Interessen der Kapitalmanager mit Vorrang pflegen wird. Daß diese Wertung zutrifft, mag sich bereits daran zeigen, daß Nixon — anders als Johnson — selbst auf den optischen Effekt der Berufung von Gewerkschaftsangehörigen ins Arbeitsministerium verzichtete. —mm—

### Generalstreik in Italien

Die große Mehrheit aller italienischen Arbeitnehmer hat am 4. Februar, einem Aufruf der Gewerkschaften folgend, für 24 Stunden die Arbeit niedergelegt. Streikziel ist eine grundlegende Reform des Rentenwesens mit einer generellen Erhöhung der Altersrenten auf 80 Prozent des Endverdienstes ohne Erhöhung der Beiträge. Gleichzeitig fordern die italienischen Gewerkschaften die Übernahme des Arbeitnehmeranteils an der Auffüllung des sozialen Rentenfonds durch den Staat.

### Erfolg durch Streik im Europoort

Durch einen Streik von nur wenigen Tagen Dauer erzwangen im Januar die Rotterdamer Schlepp- und Bugsierschiffbesatzungen, die im sogenannten Europahafen „Europoort“ tätig sind, die Heraufsetzung ihres Grundlohnes auf 200 Gulden pro Woche. Gleichzeitig wurde die wöchentliche Arbeitszeit auf 43 Stunden verkürzt. Für Matrosen der Schlepper und Bugsierer wurden schließlich noch einige Zulagen vereinbart.

Westdeutsche und belgische Reedereien hatten während des Streiks eine Anzahl Schlepper nach Rotterdam entsandt, wo sie auf Warteposition gingen, um eventuell Streikbrecherarbeiten zu leisten. Da aber Hamburger Schlepperbesatzungen ihre Solidarität mit den holländischen Kollegen erklärten und sowohl holländische als auch belgische Schlepperbesatzungen mit der Ausweitung des Streiks drohten, wurden die Streikbrecher-Schlepper nicht eingesetzt.



- **14. Februar**  
Landesbezirkskonferenz des DGB in West-Berlin
- **22. Februar**  
Landesbezirkskonferenz des DGB Niedersachsen in Hannover
- **18.—24. Mai**  
8. ordentlicher Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes in München
- **4.—11. Juni**  
8. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Bau-Steine-Erden in Wiesbaden
- **31. Juli**  
Tarifverträge in der Kautschukindustrie laufen ab
- **31. August**  
Tarifverträge in der Eisen- und Stahlindustrie laufen ab
- **31. August**  
Tarifverträge in der papiererzeugenden Industrie laufen ab
- **31. August — 6. September**  
8. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik in Wiesbaden
- **30. September**  
Tarifverträge in der Metallindustrie laufen ab
- **22.—25. Oktober**  
Außerordentlicher Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier zur Regelung des gewerkschaftlichen Unterstützungswesens in Koblenz
- **2.—8. November**  
8. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Holz und Kunststoff in Dortmund
- **31. Dezember**  
Tarifverträge im Steinkohlenbergbau laufen ab

## Einkommen und Einkommensbelastung

**Unternehmereinkommen mit geringster Belastung  
Mehr Binnennachfrage durch aktive Lohnpolitik**

Nach vorläufigen Berechnungen des Wirtschafts - Wissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften (WWI), die auf den Daten des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank sowie des Jahresgutachtens des Sachverständigenrates beruhen, hat das Volkseinkommen 1968 (Netto-Sozialprodukt zu Faktorkosten) mit 396,5 Milliarden DM das Ergebnis des Vorjahres um 34,4 Milliarden DM oder 9,5 Prozent überschritten. Damit ist auch die Zielprojektion der Bundesregierung für das Jahr 1968 und selbst die Wachstumsprognose des Sachverständigenrates, der einen Zuwachs von 6,4 Prozent für möglich gehalten hatte — was die Regierung für unrealistisch ansah —, erheblich übertroffen worden. Die Einkommensanteile an diesem Volkseinkommen haben sich jedoch sehr unterschiedlich entwickelt.

So erreichten die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit mit 260,5 Milliarden DM gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs von 17,1 Milliarden oder rund 7 Prozent. Da aber die Abgabenbelastung dieser Arbeitnehmereinkommen, die erhöhten Sozialabgaben sowie die Steigerung der Lohnsteuer gegenüber dem Vorjahr von 8,6 auf 8,9 Prozent der Bruttolöhne erheblich stärker war, betrug der Zuwachs der Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit von 177,6 Milliarden DM 1967 auf 186 Milliarden 1968 nur noch 8,4 Milliarden DM, das sind nur 4,8 Prozent. Die Abgabelast jedoch stieg von 65,8 Milliarden auf 74,5 Milliarden DM und damit um 8,7 Milliarden DM. Das ist fast das Doppelte der Zunahme der Nettoeinkommen. Zusammengefaßt heißt das: Die Arbeitnehmer verdienen zwar brutto 23,1 Milliarden DM mehr, hatten davon aber 14,7 Milliarden DM mehr abzugeben und behielten von diesem Mehrverdienst netto nur 8,4 Milliarden DM als zusätzliches Einkommen. Das ist übrigens eine Tendenz, die man schon seit Jahren verfolgen kann.

Prozent war die Zielprojektion der Regierung, die nur 3,3 Prozent vorgesehen hatte, überschritten. Entgegen den Erwartungen waren die Effektivverdienste kräftiger angestiegen als die Tariflöhne. Dennoch hat sich die daraus resultierende private Verbrauchsnachfrage im Inland nicht an die gestiegene Produktivität anzupassen vermocht. So wurde ein zusätzlicher Druck erzeugt, die auf dem Binnenmarkt nicht umzusetzenden Güter zu exportieren.

Das WWI kritisiert, der Stärkung des Binnenmarktes werde für die Konjunktur- und Wachstumspolitik nicht genügend Bedeutung beigemessen. Anstatt die Verbrauchernachfrage zu stärken, sei sie durch erhöhte Sozialabgaben zur Sanierung des Bundeshaushaltes, verschärfte Lohnsteuerverprogression und administrative Preiserhöhungen — Mehrwertsteuer, Mieten usw. — noch eingeschränkt worden.

Zu höherem Wachstum, so stellt das WWI fest, sei aber die Mobilisierung von mehr Binnennachfrage unbedingt notwendig, wie dies bereits auch von den Sachverständigen in ihrem Gutachten gefordert worden ist. Die wirksamste Stärkung des Binnenmarktes aber bleibt eine Erhöhung der Arbeitnehmereinkommen durch angemessene Lohn- und Gehaltssteigerungen. Darum ist eine aktive Lohnpolitik der Gewerkschaften die wesentliche Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der Konjunktur, für ein gesundes Wachstum der Wirtschaft und damit für die Sicherung der Arbeitsplätze.

Dr. Tu.

### Vorschlagsrecht für Gewerkschaften eingeschränkt

In dem Artikel „SPD-Vorschläge zur Mitbestimmung“ im Januar-Heft der NACHRICHTEN, S. 14, muß es in der dritten Spalte, 9. Zeile von oben, richtig heißen: „Im Gegensatz zum DGB-Entwurf wird aber den Gewerkschaften nur das Vorschlagsrecht für die Arbeitnehmervertreter bei den außerbetrieblichen Kandidaten zugestanden.“

### Zu guter Letzt:

Könnte man den Wert eines Wirtschaftsministers an seiner Fähigkeit, Schlagworte zu erfinden, messen, so hätten wir mit Schiller den besten Minister aller Zeiten: Die Gütemarke seines Jahreswirtschaftsberichtes 1969 heißt „Maß, Mitte und Flexibilität“ oder abgekürzt „Mamiflex“.

**Ganz anders sieht die Entwicklung bei den Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen aus.** Hier stiegen die Einkommen brutto von 118,7 Milliarden DM 1967 auf 136 Milliarden DM 1968, also um 17,3 Milliarden DM. Die Abgabelast auf diese Einkommen betrug 1967 34,6 Milliarden DM und 1968 rund 36,4 Milliarden. Sie erhöhte sich also um nur 1,8 Milliarden. Damit verblieb den Einkommensbeziehern aus Unternehmertätigkeit und Vermögen mit 99,6 Milliarden DM ein Nettoeinkommenszuwachs von 15,5 Milliarden, also fast das Doppelte des Zuwachses der Einkommen aus unselbständiger Arbeit. In Zuwachsprozenten ausgedrückt stieg das Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit um 14,6 Prozent und das Nettoeinkommen sogar um 18,4 Prozent. Die Einkommensbelastung der Selbständigen war gegenüber dem Vorjahr um 8 Prozent geringer, während die Einkommensbelastung der Arbeitnehmer um 11,8 Prozent nach oben stieg.

Auch mit dem Nettozuwachs der Arbeitseinkommen im Vorjahr von 4,8

## nachrichten

Die NACHRICHTEN erscheinen einmal im Monat  
Herausgeber: Heinz Seeger, 799 Friedrichshafen,  
Erlenweg 3/9  
Telefon 36 38, Postscheckkonto Stuttgart 960 19  
Redaktion: Gerd Siebert, 205 Hamburg 80,  
Harnackring 31, Tel. 7 38 58 28  
Für den Inhalt der Briefe  
kann keine Verantwortung übernommen werden  
Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt  
besteht kein Ersatzanspruch  
Druck: Max Kristeller, 2 Hamburg 50,  
Winterstraße 9-11  
Einzelpreis 0,75 DM; Halbjahres-Abonnement  
4,50 DM plus 0,90 DM Zustellgebühr  
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet